

Universität Hamburg
Institut für Geographie

Bachelorarbeit

Titel:

Urban gardening als Stadtteilentwicklung von unten? –
Das Potential des urbanen Gartens Keimzelle im Hamburger
Karolinenviertel als Form der Stadtteilentwicklung von unten

Verfasserin: Nora Mariella Küttel

Adresse: Amandastraße 30a, 20357 Hamburg

Betreuerin: Prof. Dr. Anke Strüver

Zweitgutachterin: Prof. Dr. Bärbel Leupolt

Ort und Datum der Abgabe: Hamburg, den 13.12.2012

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung	2
1.2 Aufbau der Arbeit	3
2 Forschungsansatz	6
2.1 Urban gardening als Forschungsgegenstand	6
2.2 Stand der Forschung und Forschungsfrage	6
3 Urban gardening	9
3.1 Die Community Gardens in New York City	11
3.2 Urbane Gärten im globalen Süden.....	13
3.3 Urban gardening in Deutschland	14
4 Theoretische Annäherungen an den Begriff Raum	19
4.1 Was ist Raum?	19
4.2 Henri Lefebvre und Raum	20
4.3 Henri Lefebvre und das Recht auf die Stadt.....	21
4.4 Öffentlicher Raum	23
5 Die Hamburger Stadtentwicklung	26
5.1 Die wichtigsten Etappen der Hamburger Stadtentwicklung seit dem Zweiten Weltkrieg	26
5.2 Stadtentwicklung im Karolinentempel.....	28
6 Der Park Fiction und die Stadtteilentwicklung von unten	31
7 Zwischenfazit	34
7.1 Potentiale des urbanen Gärtnerns	34
7.2 Potentiale des urbanen Gärtnerns als Stadtteilentwicklung von unten.....	35
8 Methodisches Vorgehen	36
8.1 Das leitfadengestützte Experteninterview	36

8.2 Besuch der Karoviertel-Konferenz und der Auftaktveranstaltung Zwischennutzung Rindermarkthalle – stadtteilbezogene Nutzungen	38
9 Die Fallstudie	39
9.1 Das Areal und die Alte Rindermarkthalle	39
9.2 Die Keimzelle	43
9.3 Aktuelle Entwicklungen	46
10 Auswertung der Interviews und Diskussion.....	48
11 Fazit und Ausblick	57
12 Quellenverzeichnis	63
12.1 Literatur	63
12.2 Internetquellen	67
13 Eigene Datenerhebung	72
14 Anhang	i

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Das zeitliche Interesse an dem Suchbegriff urban gardening bei Google im Vergleich zwischen den USA und Deutschland (Quelle: verändert nach GOOGLE TRENDS 2012)	11
Abb. 2: Raumtriade nach Lefebvre (Quelle: erstellt nach LEFEBVRE 1991, S. 38f.)	20
Abb. 3: Das Karolinenviertel. (Quelle: Verändert nach OPEN STREET MAP, 2012)	29
Abb. 4: Der Park Fiction (Quelle: Eigene Fotografie vom 01.08.2009)	32
Abb. 5: Verortung der Alten Rindermarkthalle in St. Pauli und im Hamburger Stadtgebiet (Quelle: Verändert nach OPEN STREET MAP, 2012)	39
Abb. 6: Planungswürfel-Pavillon auf dem Areal der Alten Rindermarkthalle (Quelle: UNSER AREAL – EINE WUNSCHPRODUKTION 2011a)	42
Abb. 7: Verortung der Keimzelle im Karolinenviertel und im Hamburger Stadtgebiet (Quelle: Verändert nach OPEN STREET MAP, 2012)	43
Abb. 8: „Die Keimzelle – Soziale Gärten für alle“ (Quelle: Eigene Fotografie vom 09.09.2012)	44
Abb. 9: Hochbeete in der Keimzelle (Quelle: Eigene Fotografie vom 09.09.2012)	Anhang iii
Abb. 10: Die Alte Rindermarkthalle, Stand: 09.09.2012 (Quelle: Eigene Fotografie vom 09.09.2012)	Anhang iii
Abb. 11: Blumen in Plastiksäcken (Quelle: Eigene Fotografie vom 09.09.2012)	Anhang iv

1 Einleitung

„Schrebergarten 2.0“ (ABENDBLATT 2011), „Die grüne Guerilla“ (MÜLLER 2012b) und „Börek im Biogarten“ (ATAMAN 2009). All dies sind Schlagzeilen, welche so oder in ähnlicher Weise seit etwas mehr als drei Jahren in Deutschland in Tageszeitungen, Zeitschriften oder Radio- und Fernsehbeiträgen zu finden sind. Sie deuten bereits an, dass es sich um ein neues (2.0), von der Bevölkerung ausgehendes (Guerilla) Gartenphänomen handelt: das urban gardening. Bei dem eventuell zunächst als Oxymoron erscheinendem Phänomen, handelt es sich, wie der Name impliziert, um das Gärtnern in der Stadt. Das urban gardening ist auf zweierlei Ebenen als offen gedacht: Es findet fast immer an öffentlichen Orten statt und soll allen Menschen frei zugänglich sein, die sich beteiligen möchten, ohne dass eine Mitgliedschaft verlangt wird. Die Formen des urban gardening sind sehr divers; dennoch wird sich in der vorliegenden Arbeit lediglich auf sogenannte Gemeinschafts- oder Nachbarschaftsgärten beschränkt.

Die Motivationen und Wünsche, die StadtbewohnerInnen zu GärtnerInnen machen sind nicht nur sehr divers, sondern überschneiden sich auch häufig. Der Wunsch oder vielmehr die Einforderung der GärtnerInnen, die den Ausgangspunkt dieser Arbeit bildet, ist jene, von (mehr) Mitgestaltung des Stadtraums durch die BürgerInnen. Diese Einforderung basiert unter anderem auf folgenden Fragen: „Wer formt die Stadt? Wer darf mitreden? Wer entscheidet, was im öffentlichen Raum stattfindet?“ (RASPER 2012, S. 109). Abstrahiert man diese Forderung auf eine wissenschaftliche Ebene, dann wird schnell die Verwandtschaft dieser Forderung mit Henri Lefebvres Anspruch von *Recht auf Stadt* deutlich. Lefebvres Recht auf Stadt ist eine konkrete Utopie, in der, „(...) im Sinne einer urbanen Demokratie (...)“ (GEBHARDT, HOLM 2011, S. 15), alle Menschen das Recht auf Teilhabe an und Zugang zu dem städtischen Leben haben. Der Zusammenhang dieser beiden Themenkomplexe, also zum einen der Forderung nach Mitgestaltung des Stadtraums durch Teilhabe an städtischen Prozessen und zum anderen das aktive sich den Stadtraum zu Nutzen machen durch das urban gardening, findet sich in dem Garten *Keimzelle* im Hamburger Karolinenviertel wieder. Hierbei handelt es sich um einen, von einer Stadtteilinitiative (GrünAreal) im Jahr 2011 gegründeten Garten, dessen Realisierung von der Initiative eigentlich für das benachbarte Areal der Alten Rindermarkthalle in St. Pauli Nord geplant war. Die Idee, an dieser Stelle einen Gemeinschaftsgarten zu entwickeln, war Resultat einer im Jahr 2010 begonnenen, durch AnwohnerInnen initiierten Wunschproduktion, bei der vielfach der Wunsch nach etwas Grünem für das ungenutzte Areal der Alten Rindermarkthalle geäußert wurde. Bei einer

Wunschproduktion handelt es sich um eine „(...) Methode, die Bedürfnisse der AnwohnerInnen zu sammeln und zur Sprache zu bringen“ (FÜLLNER, TEMPLIN 2011, S. 89). Seit also nun etwa anderthalb Jahren versucht die Initiative GrünAreal auf diesem Gelände einen Gemeinschaftsgarten (das sogenannte GrünAreal) anzulegen und hat, da dies bisher nicht realisiert werden konnte, zunächst die Keimzelle, als eine Art Planungsgarten, in dem benachbarten Karolinenviertel etabliert. Dieses Vorhaben soll als eine *Stadtteilentwicklung von unten* fungieren. Hierbei handelt es sich um einen Prozess, der von den BürgerInnen ausgeht und nach ihren Ideen und Wünschen entwickelt wird. Im Gegensatz zu beispielsweise Beteiligungsverfahren, bei denen die Akteure der Stadtentwicklung die BürgerInnen zu Beteiligung einladen, bilden die BürgerInnen die Basis der Stadtteilentwicklung von unten und tragen darüber hinaus nicht nur mit Ideen bei, sondern entscheiden bis zu einem gewissen Grad auch mit.

In der vorliegenden Bachelorarbeit wurde nun die Forschungsfrage untersucht, ob der urbane Garten Keimzelle das Potential einer Form der Stadtteilentwicklung von unten hat. Um diese Frage zu beantworten, wird zudem untersucht, ob die Stadtteilentwicklung von unten und das urban gardening als solches im Zusammenhang miteinander Potentiale und/oder Risiken mit sich bringen. Der Begriff Form wird hier synonym zu Art und Weise benutzt. Als Potential wird die „(...) Gesamtheit aller vorhandenen [und] verfügbaren Mittel [und] Möglichkeiten“ (DUDEN ONLINE 2012) bezeichnet. Potential bezeichnet dann die Fähigkeit der Keimzelle als eine Form der Stadtteilentwicklung von unten.

1.2 Aufbau der Arbeit

Nachdem zu Beginn der Arbeit urban gardening als Forschungsgegenstand konkretisiert und die Forschungsfrage entwickelt wurde, folgt in Kapitel 3 eine ausführlichere thematische Einführung in das urban gardening. Beginnend mit einer allgemeinen definitorischen Herangehensweise werden zunächst die Herkunft dieses Phänomens und seine globale Verbreitung dargelegt, um dann im Speziellen auf die Verhältnisse in Deutschland einzugehen.

Um für das weitere Vorgehen einen theoretischen Bezug zu schaffen, schließt sich in Kapitel 4 die Auseinandersetzung mit dem Raumbegriff an, der nach Henri Lefebvre präzisiert wird. Darauf folgt eine Einführung in Henri Lefebvres Forderung nach Recht auf Stadt. Der abschließende Teil des Kapitels widmet sich der Thematik des öffentlichen Raumes.

In dem folgenden Kapitel werden die wichtigsten Etappen der Hamburger Stadtentwicklung und im Speziellen die Stadtentwicklung im Hamburger Karolinenviertel dargelegt. Dies ist nötig, um das Untersuchungsgebiet der Fallstudie hinsichtlich seiner Historie und aktuellen Entwicklungen charakterisieren zu können.

Das Kapitel 6 setzt sich mit dem Park Fiction, einem durch AnwohnerInnen und KünstlerInnen entwickelten Park in St. Pauli, auseinander. Dieses Beispiel dient dazu, die Thematik der Stadtteilentwicklung von unten einzuführen, da die definitorische Literaturlage diesbezüglich sehr mangelhaft ist.

In einem Zwischenfazit werden nun die bis dahin wichtigsten Erkenntnisse aus der Literaturstudie hinsichtlich des allgemeinen Potentials des urban gardening und des Potentials des urban gardening als Stadtteilentwicklung von unten dargelegt.

Nun wird Bezug auf die Fallstudie genommen, die durch die Vorstellung der Methoden eingeleitet wird. Um Informationen zu generieren und Antworten zu finden, die aus Literatur- und Internetrecherche nicht erhalten werden konnten, wurden Experteninterviews¹ mit einem Gartenaktivisten der Keimzelle, einem für St. Pauli zuständigen SPD-Politiker der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte und einem Mitarbeiter der Projektentwickler der Alten Rindermarkthalle geführt. Zusätzlich erfolgte der Besuch von zwei öffentlichen Veranstaltungen: *Die Karoiviertel-Konferenz* (16.09.2012), bei der sich unter anderem die Keimzelle und das GrünAreal vorstellten und über ihre Vorhaben informierten, sowie die Auftaktveranstaltung *Zwischennutzung Rindermarkthalle – stadtteilbezogene Nutzungen* (24.09.2012), initiiert durch das Fachamt für Stadt- und Landschaftsplanung Hamburg-Mitte, bei der über den aktuellen Planungsstand und die Bauarbeiten in und an der Alten Rindermarkthalle informiert wurde.

Im Kapitel 9 werden zunächst die Alte Rindermarkthalle und die damit verbundenen Entwicklungen und Konflikte präsentiert. Darauf folgt eine Auseinandersetzung mit dem urbanen Garten Keimzelle. Das Kapitel wird durch die Darstellung der aktuellen Entwicklungen abgerundet.

Diese Darstellung dient gleichzeitig als Überleitung zu der sich daran anschließenden Diskussion, in der die theoretischen Erkenntnisse genutzt werden, um in Verbindung mit den Ergebnissen der Experteninterviews die Forschungsfrage zu beantworten und somit

¹ Die Interviews sind auf einer beigelegten CD als Tonmitschnitte abgelegt.

festzustellen, ob die Keimzelle das Potential einer Form der Stadtteilentwicklung von unten hat.

In einem Fazit werden schließlich die Ergebnisse der Bachelorarbeit zusammengefasst und beurteilt. Abschließend wird ein Ausblick gegeben.

2 Forschungsansatz

Einführend werden zuerst *urban gardening* als Forschungsgegenstand dieser Arbeit, sowie der dazugehörige Stand der Forschung vorgestellt, um dann die sich daraus entwickelte Forschungsfrage zu erläutern. In einem dritten Abschnitt wird abschließend das methodische Vorgehen dargestellt.

2.1 Urban gardening als Forschungsgegenstand

Das urban gardening, also das Gärtnern im urbanen Raum, ist eine in Westeuropa und besonders in Deutschland noch relativ neue und vielfältige Entwicklung. Daher ist es nötig, den Forschungsgegenstand zu präzisieren.

Ich beziehe mich in dieser Arbeit explizit auf öffentliche Gemeinschaftsgärten in Stadtgebieten. Öffentlich bedeutet in diesem Fall einerseits, dass der Garten sich in einem öffentlichen Raum befindet, beziehungsweise selbst ein öffentlicher Raum ist. Andererseits, bedeutet es auch, dass der Garten offen für alle Menschen ist, also, dass Jede/r, der/die sich beteiligen möchte dies auch kann, ohne auf irgendeine Art Mitglied zu sein. Häufig werden solche Gemeinschaftsgärten auch als Nachbarschaftsgärten bezeichnet, weil sie sich an einem zentralen Punkt innerhalb einer Nachbarschaft, also innerhalb eines Quartiers/Viertels befinden und explizit die dort wohnenden Menschen zum Mitmachen ansprechen sollen. Die Gemeinschaftsgärten befinden sich an Orten, die eigentlich nicht für landwirtschaftliche Zwecke vorgesehen sind, wie häufig beispielsweise auf innerstädtischen Brachflächen. Aus diesem Grund und wegen oftmals prekärer Nutzungsrechte des öffentlichen Raumes, sind viele der Gärten mobil gestaltet. Sie bestehen dadurch häufig aus mit Erde gefüllten Bäckerkisten oder Reissäcken, die bei Bedarf mit wenig Aufwand an einen anderen Ort gebracht werden können (vgl. VON DER HAIDE 2007, S. 2f.). Die Motivationen an der Mitgestaltung und Mitarbeit in einem Garten können sehr divers ausfallen: von der bloßen Lust eigenes Gemüse anzubauen, über eine kritische Auseinandersetzung mit der Nahrungsmittelversorgung bis hin zu einem Wunsch nach mehr Kommunikation und Vernetzung innerhalb einer Nachbarschaft (vgl. RASPER 2012, S. 108ff.).

2.2 Stand der Forschung und Forschungsfrage

Da das urbane Gärtnern eine in Deutschland noch relativ neue Entwicklung ist, ist es zwar in den Massenmedien ein mittlerweile sehr präsent Thema, die wissenschaftliche Literatur ist jedoch noch vergleichsweise dürftig. Besonders komparatistische Literatur und Fallstudien aus Deutschland oder Westeuropa, deren Untersuchung sich über einen längeren Zeitraum

erstreckt, sind kaum vorhanden. Im Gegensatz hierzu gibt es einige Studien, die sich mit dem urbanen Gärtnern in Nordamerika (vgl. MEYER-RENSCHHAUSEN 2004; vgl. GRÜNSTEIDEL 2000) und Südamerika (vgl. SCHMIDT 2011; vgl. HALDER 2009) auseinandergesetzt haben. Insgesamt beschränkt sich die Literatur über das urbane Gärtnern meist auf die Motivationen der GärtnerInnen. Was hierbei meines Erachtens häufig vernachlässigt wird, ist die Motivation der GärtnerInnen, die Stadt selbst zu gestalten, welche MÜLLER folgendermaßen zusammenfasst: „Die in den letzten Jahren in vielen großen Städten entstandenen Gemeinschaftsgärten (...) zielen mit dem Garten als Medium zugleich auch direkt auf die Stadt als Lebensraum und senden visuelle Vorstellungen von Urbanität, die das Auge zunächst irritieren. (...) Zu den wesentlichen Adressaten gehören dabei die Stadtplaner und –verwalter, die man bei der Gestaltung des öffentlichen Raums darauf aufmerksam machen will, dass die Stadt kein Container (...) ist (...)“ (MÜLLER 2012b). Das Zitat deutet an, dass in einigen Fällen die Aneignung und Gestaltung des öffentlichen Raumes in Form eines Gartens integraler Bestandteil des Gartens selbst ist. Diese Motivation lässt sich als Versuch einer Stadtteilentwicklung von unten, also von den BürgerInnen ausgehend, beschreiben. Eben diese Motivation spielt bei der Keimzelle eine wesentliche Rolle, denn dieser Garten soll lediglich Übergangsort zu einem großen Gemeinschaftsgarten auf einer benachbarten Fläche, dem Areal der Alten Rindermarkthalle in St. Pauli Nord, sein. Ausgangspunkt für den Garten war eine von AnwohnerInnen² initiierte Wunschproduktion im Jahr 2010, bei der über verschiedene Planungsinstrumente Ideen für das Areal der Alten Rindermarkthalle gesammelt wurden und vielfach der Wunsch nach Grün, häufig in Form von Gärten, geäußert wurde (vgl. KEIMZELLE 2011). Seit somit nun etwa zwei Jahren versuchen AnwohnerInnen, die sich in verschiedenen, miteinander vernetzten Initiativen zusammengefunden haben, einen großen Gemeinschaftsgarten zu realisieren und somit den Stadtteil selber zu planen und zu entwickeln. Die Forschungsfrage, die sich somit ergab ist, *ob die Keimzelle, als urbaner Garten, das Potential einer Form der Stadtteilentwicklung³ von unten hat*. Die Annäherung und Beantwortung der Frage geschah auf zwei Ebenen: In einem ersten Schritt fand die allgemeine Auseinandersetzung mit der Thematik auf theoretischer Ebene statt (Literatur- und Internetrecherche). Darauf folgt der Bezug auf die Fallstudie zum urbanen Garten Keimzelle,

² Der Begriff AnwohnerInnen umfasst eine nicht näher definierte Zahl von Personen, die (zum Großteil) in St. Pauli, insbesondere im Karolinenviertel, und in der Sternschanze wohnen.

³ Der Begriff Stadtteil bezieht sich hier in erster Linie auf St. Pauli als administrative Einheit, umfasst aber in dem vorliegenden Fall insbesondere das Quartier Karolinenviertel. Da Handlungen und Entwicklungen innerhalb einer Stadt sich aber nicht zwingend an Stadtteil- oder Bezirksgrenzen orientieren, können die stadtteilentwicklerischen Prozesse auch beispielsweise das benachbarte Schanzenviertel einbeziehen.

wobei hier theoretisch und praktisch (Experteninterviews) geforscht wurde. Dieses Vorgehen spiegelt auch die Gliederung dieser Arbeit wider (siehe 1.2 Aufbau der Arbeit).

3 Urban gardening

Bevor auf das Fallbeispiel dieser Arbeit eingegangen werden kann, muss zunächst das urban gardening⁴ im Allgemeinen vorgestellt werden. Dabei wird zunächst aufgezeigt, worum es sich dabei handelt, in welchen Erscheinungsformen und mit welchen Charakteristika es auftritt. Zudem wird auf die Historie und Herkunft der Bewegung, sowie auf generelle Beweggründe und Motivationen der GärtnerInnen eingegangen.

Wie der Name bereits impliziert, handelt es sich beim urbanen Gärtnern um das Gärtnern in der Stadt beziehungsweise am Rande der Stadt. Was zunächst als Oxymoron erscheint, ist jedoch längst keins mehr: Der Garten gehört nicht zwangsläufig auf das Land, sondern findet auch in der gebauten Umwelt einer Stadt durchaus seine Rechtfertigung. Dies lässt sich vielschichtig erklären. Zum einen muss der Garten begrifflich von der Natur abgegrenzt werden. Die Natur ist das, was meist als nicht von den Menschen erschaffen verstanden wird, während der Garten „(...) gebaut, konstruiert, und nur in Maßen sich selbst überlassen (...)“ (WEBER 2012, S. 237) ist und damit bereits Gemeinsamkeiten mit der Stadt aufweist. Andererseits wird im Zusammenhang des urbanen Gärtnerns häufig ein neues Verständnis von Urbanität diskutiert. Urbanität, vom lateinischen *urbs*: Stadt, beschreibt traditionell alles, was städtisch ist und bezieht sich hierbei auf den physisch-materiellen und auf den sozial-gelebten Raum (vgl. GÜNDEL 2010, S. 266). Hierunter fallen somit sowohl „(...) der sichtbare Gegensatz von hochgetürmter Stadt und plattem Land“ (SIEBEL 2002, S. 33), also eine spezifisch städtische Bauweise, als auch eine städtische Lebensweise, die charakterisiert wird „(...) durch die Polarisierung des Alltags in eine private und eine öffentliche Sphäre, die räumliche und zeitliche Trennung von Wohnen und Arbeiten [und] ein gesittetes, zivilisiertes (...) Verhalten“ (ebd., S. 32). Diese theoretische Konzeption entspricht jedoch nicht (mehr) der Realität. Ausgehend von den heute vielfach diskutierten Fragen danach, wie und ob Stadt überhaupt zu definieren und fassen sei und ob es DIE Stadt überhaupt gäbe, werden die Grenzen von Stadt und Land zunehmend fließend. Die einstigen Gegensätze von Urbanität (Stadt) und Ruralität (Land) scheinen sich also, zumindest teilweise, aufgelöst zu haben: „(...) durch die zunehmende überregionale Mobilität, durch den Tourismus der städtischen Bevölkerung in landschaftlich attraktive Räume und durch die Zunahme unterschiedlicher Bevölkerungsschichten (...)“ (WERNER 2011, S. 29) hat sich die von der Stadt ausgehende Urbanität auf das Land ausgeweitet. Ausgehend von dieser

⁴ Um die Stringenz zu bewahren und das Lesen zu vereinfachen, wird in dieser Arbeit anstatt urban gardening die deutsche Übersetzung „urbanes Gärtnern“ verwendet.

Perspektive löst sich auch der Gegensatz auf, der im urbanen Gärtnern gesehen werden kann. Denn die Vermischung von Urbanität und Ruralität ist wechselseitig und so werden auch vermeintlich rurale Lebensweisen, wie das Gärtnern, in die Stadt transportiert. Doch historisch betrachtet, ist der heutige Gegensatz von Gärten und Städten lediglich eine sozial konstruierte Gewohnheit, denn schon „(...) immer existierten in den Städten auch Gärten. Viele mittelalterliche Häuser hatten (...) einen kleinen Garten zur Selbstversorgung (...)“ (RASPER 2012, S. 59) und auch im 19. Jahrhundert existierte weiterhin Stadtgärten, die sogenannten Armengärten, die der mittel- und arbeitslosen Bevölkerung eine Beschäftigung und ein Einkommen boten. Die Armengärten entwickelten sich später zu den heute noch in Deutschlands Städten weit verbreiteten Schrebergärten (vgl. ebd.).

Generell fallen unter das urbane Gärtnern jegliche Arten der Kultivierung von Zier- und Nutzpflanzen in und am Rande von Städten, unabhängig davon ob auf Balkonen, in Hinterhöfen oder auf Baumscheiben, um nur einige der Möglichkeiten zu nennen (vgl. MÜLLER 2012a, S. 31ff.). Doch die für diese Arbeit relevante Form des Gärtnerns bezieht sich auf Gärten, die als Nachbarschaftsgärten bezeichnet werden können⁵. Hierbei handelt es sich um Gärten, die von einer oder mehreren Personen oder einer Initiative an einem öffentlichen Ort angelegt wurden, der eigentlich nicht für landwirtschaftliche Zwecke ausgewiesen ist und sich dadurch definieren, dass alle Menschen, die sich beteiligen möchten, sie bewirtschaften und ernten können. Häufig handelt es sich um mobile Gärten. Diese zeichnen sich daraus aus, dass das häufig nur einjährige Obst und Gemüse in Bäckerkisten oder Reissäcken gepflanzt wird. Grund hierfür ist, dass die Nutzungsrechte für die Flächen auf denen sich die Gärten befinden häufig nicht eindeutig sind oder es sich um Nutzungsverträge handelt, die nur für ein Jahr abgeschlossen werden und somit jährlich erneuert werden müssen, immer mit der Gefahr, dass dies verwehrt wird (vgl. VON DER HAIDE 2007, S. 2f.).

Die Ernte, der in solchen Gärten erzielt wird, ist in der Regel relativ gering und wird nur von den GärtnerInnen verzehrt (Ausnahmen bilden hier aber zum Beispiel der „Prinzessinnengarten“ in Berlin und der „Hof vorm Deich“ in Hamburg, deren Erträge teilweise verkauft werden). Häufig wird in diesem Zusammenhang auch von partizipativem oder sozialem Gärtnern gesprochen: Der Garten ist für alle frei zugänglich, jeder und jede soll mitmachen können und es gibt keine Mitgliedschaften oder Zugangsbeschränkungen (vgl. RASPER 2012, S. 24). Dies ist auch das wesentliche Charakteristikum, welches die relativ

⁵ Andere Begriffe die Gleiches beziehungsweise Ähnliches beschreiben, sind zum Beispiel Quartiersgärten oder Gemeinschaftsgärten; um die Stringenz zu bewahren, werde ich nun im Folgenden jedoch lediglich den Begriff „urbane Gärten“ verwenden, wobei ich mich damit explizit auf Nachbarschaftsgärten beziehe.

neue Form des urbanen Gärtnerns von den Schrebergärten, die es bereits seit dem frühen 19. Jahrhundert gibt, abgrenzt.

3.1 Die Community Gardens in New York City

Die urbanen Gärten, die heute in Deutschland und in den meisten Teilen (West)Europas als noch relativ neu empfunden werden, sind global betrachtet jedoch nicht neu. Dass urbanes Gärtnern in den USA schon seit mehreren Jahrzehnten thematisiert wird, spiegelt sich auch in den Ergebnissen von Google Trends wider (siehe Abb. 1). Vergleicht man hier das zeitliche Interesse an dem Suchbegriff urban gardening in Deutschland und den USA, so zeigt sich eindeutig, dass in Deutschland das Interesse hierfür ab 2011 explosionsartig zugenommen hat, während in den USA bereits seit 2004 relativ konstant nach diesem Begriff bei der Suchmaschine Google recherchiert wurde⁶.

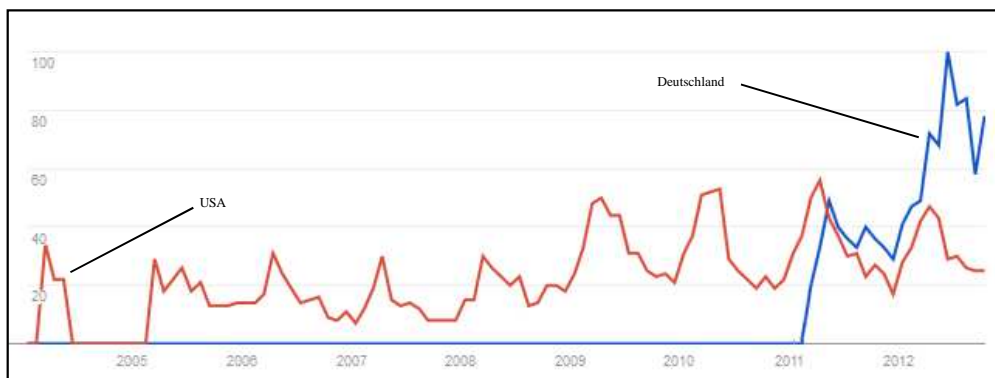


Abb. 1: Das zeitliche Interesse an dem Suchbegriff urban gardening bei Google im Vergleich zwischen den USA und Deutschland

Die Gärten, die sich heute in Deutschlands Städten finden lassen, haben ihren Ursprung vermutlich in den Community Gardens der 1960er und 1970er Jahre in New York City. Vor allem in ärmeren Stadtteilen gab es zu jener Zeit sehr viele Brachflächen, da Häuser wegen steigender Mietpreise über lange Zeiträume leer standen und verwahrlosten und schließlich abgerissen wurden. Doch auch die Brachflächen verkamen zunehmend zu Müllhalden und wurden schlimmstenfalls zu Treffpunkten für illegale Geschäfte (vgl. GRÜNSTEIDEL 2000, S. 125f.). Solche Brachen werden aus stadtplanerischer Sicht häufig auch als „Nicht-Orte“ bezeichnet. Dieses theoretische Konstrukt aus den 1990er Jahren stammt von dem französischen Anthropologen Marc Augé und beschreibt Orte, die „(...) keine Identität

⁶ Die Werte, die in der Graphik dargestellt werden, zeigen, wie häufig ein bestimmter Suchbegriff, hier urban gardening, in Relation zu allen damit verwandten Suchbegriffen bei Google über einen bestimmten Zeitraum hinweg eingegeben wurde. Die Daten sind somit normalisiert und die Zahlen auf der Y-Achse stellen eine Skala von 0 bis 100 dar (vgl. GOOGLE SUPPORT 2012).

besitze[n] und sich weder als relational noch als historisch bezeichnen [lassen] (AUGÉ 1994, S. 92). Im Gegensatz zu Orten fehlt es den Nicht-Orten an „(...) Identität, Relation und Geschichte (...)“ (ebd.). Dass aus Nicht-Orten auch (wieder) Orte werden können zeigt dann die weitere Entwicklung der Community Gardens in New York City. Damit sich der Verfall der Brachflächen nicht auf ganze Straßen oder sogar Nachbarschaften auswirkt, schlossen sich AnwohnerInnen zusammen, reinigten die Flächen und begannen Gärten anzulegen. Diese sollten nicht nur der Verschönerung dienen und dem Verfall der Nachbarschaften entgegen wirken, sondern vor allem auch die Möglichkeit bieten, sich selbstständig und ohne große Kosten mit frischen Nahrungsmitteln zu versorgen. Dies war BewohnerInnen ärmerer Stadtteile zuvor aufgrund von geringem oder fehlendem Einkommen teilweise gänzlich verwehrt gewesen (vgl. VON DER HAIDE et al. 2012, S. 276). In den Folgejahren breiteten sich die Community Gardens zunehmend über das Stadtgebiet aus, worauf die Stadt 1978 reagierte, um den bis dahin illegalen Gärten eine legale Grundlage zu bieten. Die Organisation GreenThumb wurde gegründet und vergibt seither Pachtverträge an GärtnerInnen und unterstützt sie kostenfrei mit Gartenmaterialien, sowie mit Informationen und Workshops zum Gärtnern. Die Pachtverträge sind jedoch auf wenige Jahre begrenzt (mit der Option auf Verlängerung, falls die Stadt keine anderweitigen Interessen an der Fläche hat) und an Bedingungen geknüpft: Um die Gärten herum müssen Zäune aufgestellt werden und es müssen Öffnungszeiten festgelegt werden (vgl. GRÜNSTEIDEL 2000, S. 127f.). Mittlerweile gibt es in New York City nach Aussagen von GreenThumb über 500 solcher Community Gardens (vgl. NEW YORK CITY DEPARTMENT OF PARKS & RECREATION 2012), die nicht nur sehr unterschiedlich aussehen, sondern auch verschiedene Funktionen erfüllen. Neben dem Erwirtschaften von frischem Obst und Gemüse, das teilweise auch verkauft oder an Suppenküchen gespendet wird, dienen die Gärten auch als „(...) green spaces meant for relaxation (...)“ (ebd.), also als grüne Entspannungsorte, die zudem zur Verbesserung der Luftqualität und der Biodiversität in der Stadt beitragen. Auch persönliche und soziale Motivationen spielen eine wichtige Rolle: Es entstehen und verändern sich soziale Beziehungen innerhalb der Nachbarschaften, die sich ohne die Community Gardens eventuell nie ergeben hätten, da erst durch die gemeinsame Arbeit im Garten in Interaktion miteinander getreten wird. Die Identifikation der GärtnerInnen mit dem Stadtviertel steigt und wirkt sich stabilisierend auf die Nachbarschaft aus. Dadurch kann Isolation unterbunden werden und jede/r Einzelne kann durch die Arbeit im Garten „(...) Selbstbewusstsein, Stolz und Hoffnung“ (GRÜNSTEIDEL 2000, S. 133) erfahren. Einige der Gärten werden auch explizit als Bildungsgärten für Kinder und Jugendliche eingesetzt, um ihnen die Gartenarbeit, sowie die

Herkunft und Produktion von Obst und Gemüse näher zu bringen. An viele Gärten sind Workshops angeschlossen, die sich mit der Gartenarbeit direkt, aber auch mit verwandten Themen auseinandersetzen, wie zum Beispiel dem Marmeladeeinkochen. Dass im Wesentlichen jedoch nur diejenigen von den Gärten profitieren, die auch in ihnen mitwirken, ist an dieser Stelle wichtig anzumerken. Auch nicht außer Acht zu lassen ist, dass die zunächst gezielte Aufwertung eines Stadtviertels durch die AnwohnerInnen sich vermutlich auch in Prozesse der Gentrifizierung entwickeln können, die dann nicht mehr durch diese selbst gesteuert werden, sondern bei denen die Stadt die wiedergewonnene Attraktivität des Viertels erkennt und die Aufwertung, zum Beispiel durch gezieltes Einsetzen von Investoren weiter fortsetzt. Gentrifizierung bedeutet, sehr verallgemeinert: „(...) higher income households displace lower income residents of a neighborhood, changing the essential character and flavor of that neighborhood. Often, though not always, gentrification has a very clear racial component, as higher income white households replace lower income minority households (...)“ (KENNEDY, LEONARD 2001, S. 5). Hierbei kann es also zu der Verdrängung der angestammten Bevölkerung aus dem Viertel kommen. Dies kann beispielsweise geschehen, wenn es ihnen nicht mehr möglich ist, die Kosten für gesteigerte Mieten zu erbringen oder sie verlassen das Viertel freiwillig, da sie unter den veränderten Bedingungen nicht mehr wohnen möchten. Die Literatur hierzu ist jedoch sehr gering. Die „Gefahr“ der Gentrifizierung durch urbane Gärten wird zwar in manchen Aufsätzen beiläufig und als Aufwertung umschrieben erwähnt, konkrete Fallbeispiele gibt es jedoch (noch) nicht (vgl. GRÜNSTEIDEL 2000, S. 135f.; vgl. BAIER 2012, S. 180)

3.2 Urbane Gärten im globalen Süden

Auch im sogenannten „globalen Süden“, also in den Ländern, die auch als Entwicklungs- und Schwellenländer bezeichnet werden, gibt es urbane Gärten. In Rio de Janeiro gibt es beispielsweise in den Favelas, den informellen Siedlungen in brasilianischen Städten, viele Haus- und Gemeinschaftsgärten. Hier dient das Gärtnern der armen Bevölkerung nicht nur zum Überleben durch die eigene Nahrungsmittelproduktion, sondern hat auch eine darüber hinausgehende politische Komponente (vgl. VON DER HAIDE et al. 2012, S. 270f.). Sie sollen ein Zeichen des Widerstandes gegen „(...) Armut, gesellschaftliche Ausgrenzung und kapitalistische Konsumkultur“ (ebd., S. 271) sein. Doch auch die Rückbesinnung auf traditionelles, bäuerliches Wissen steht im Fokus der urbanen GärtnerInnen in Rio de Janeiro. Auch in Buenos Aires handelt es sich um vorwiegend politisch motiviertes Gärtnern: „Militärdiktatur, Neoliberalismus und die Wirtschaftskrise von 2001 haben die argentinische

Gesellschaft geprägt. Die Gartenprojekte sind Teil einer gesellschaftlichen Entwicklung, die jenseits des Staates entsteht und nach basisdemokratischen Alternativen sucht“ (ebd., S. 273). Die urbanen Gärten dienen also dazu, subsistierend leben zu können und erschaffen Orte der Utopie, in denen entgegen der herrschenden politischen Ordnung agiert wird. Ähnlich ist es in Südafrika, wo die urbanen Gärten vor allem in den Townships, die während der Apartheid errichtet wurden, zu finden sind. Auch hier ist das Gärtnern Reaktion und Gegenentwurf einer neoliberalen Politik, in der die Disparität zwischen der weißen und schwarzen Bevölkerung immer noch groß ist. Durch das Gärtnern schaffen sich diejenigen eine Lebensgrundlage, die sonst hungern müssten und sie haben die Möglichkeit, sich mit denen zu solidarisieren, die unter den gleichen Bedingungen leben (vgl. ebd., S. 274).

Auch wenn die hier vorgestellten Beispiele des globalen Südens natürlich sehr verallgemeinert sind, wird deutlich, wie vielseitig das urbane Gärtnern ist. Die Motivationen, die dahinter stehen, reichen von dem Wunsch nach einer Aufwertung und Verschönerung eines Stadtviertels bis hin zur existenziellen Nahrungsmittelproduktion. Auch sind die Gärten nicht nur zwischen den Ländern unterschiedlich, sondern auch innerhalb eines Landes treten diverse Formen urbaner Gärten auf.

3.3 Urban gardening in Deutschland

Auch in Deutschland sind die Formen und Motivationen des urbanen Gärtnerns sehr divers, dennoch sind sie mit denen im globalen Süden wenig vergleichbar, da in Deutschland nicht (beziehungsweise selten) aufgrund von Armutsverhältnissen gegärtnert wird. Vielmehr sind es kritische Auseinandersetzungen mit verschiedenen politischen Ebenen und Inhalten die zum Gärtnern in deutschen Städten bewegen. In jedem Garten treffen GärtnerInnen mit unterschiedlichen Motivationen aufeinander und manchmal sind ihnen diese auch nicht zwingend bewusst, sie verspüren einfach Lust sich an einem Garten zu beteiligen (vgl. MÜLLER 2012a, S. 31ff.). Dennoch konnten in der untersuchten Literatur zentrale Motive festgestellt werden, die im Folgenden zusammengefasst werden.

Viele GärtnerInnen haben den Wunsch, sich selbstbestimmt zu ernähren. Dabei ist ihnen nicht nur wichtig, dass sie wissen und kontrollieren unter welchen Bedingungen die Nahrungsmittel angebaut werden, sondern auch dass Saisonalität und Regionalität berücksichtigt werden. Es wird also nur das gegessen, was auch in dem eignen Garten wachsen kann (vgl. HASSELHORST 2011, S. 117). Häufig wird in den Gärten ökologisch-kontrolliert und nachhaltig angebaut, wodurch eine bewusste Positionierung entgegen der konventionellen Massen-Nahrungsmittelproduktion stattfindet. Hinzu kommt, dass das

Angebot an Obst und Gemüse, das in Supermärkten angeboten wird, nur ein Bruchteil der Sorten darstellt, die kultiviert werden können. Der Grund hierfür ist, dass innerhalb der Europäischen Union nur bestimmte Sorten zum Verkauf zugelassen sind. Dies kommt zum einen den Saatgutherstellern zugute, die nur eine begrenzte Anzahl von Sorten vertreiben müssen, sowie dem Handel, der den Transport und die Lagerung der Lebensmittel entsprechend an wenige Sorten anpassen muss. Um sich dem nun zu widersetzen, werden in vielen urbanen Gärten Sorten angebaut, die sich in keinem Supermarkt finden ließen. Häufig wird das Saatgut zwischen den oftmals gut miteinander vernetzten Gärten ausgetauscht oder selbst gezüchtet (vgl. RASPER 2012, S. 125). Durch den Anbau verschiedener Pflanzen steigt zudem die Biodiversität einer Stadt. In Reaktion darauf, hat sich bereits eine nächste, neue urbane Bewegung entwickelt, die oft eng mit den Garteninitiativen zusammenarbeitet: das urban beekeeping, also das Imkern in der Stadt⁷. Hinzu kommt zu dem Wunsch der autonomen Nahrungsmittelproduktion auch noch die Tatsache, dass die GärtnerInnen dafür sensibilisiert werden, was Obst- und Gemüseanbau bedeutet. Nicht nur die geschmacklichen Unterschiede werden bewusst, sondern auch wie viel Arbeit ein Garten benötigt und wo seine Grenzen der Produktion liegen, wodurch zunehmend die GärtnerInnen (beginnen) den „(...) ungehinderten (...) Zugriff auf die Ressourcen der Welt in Frage [zu] stellen“ (MÜLLER 2012a, S. 25).

Nicht nur für die Nahrungsmittelproduktion wird so sensibilisiert, sondern ganzheitlich für die Natur und Umwelt, was wiederum auf die GärtnerInnen zurückstrahlt. Viele GärtnerInnen berichten davon, dass das „(...) die Hände mal wieder in die Erde stecken (...)“ (MÜLLER 2012b) ein beglückendes Gefühl sei, dass sich von allen anderen Erfahrungen, die in einer Stadt gemacht werden können, unterscheidet. Zudem hat der Garten eine entschleunigende Wirkung auf das Leben der GärtnerInnen: In einer Zeit, in der Menschen oft dazu aufgerufen werden Slogans wie Time is money! zu ihrer Lebensaufgabe zu machen und ständig in einem Prozess der Entscheidungsfindung sind, ist gleichzeitig zu beobachten, „(...) dass sich Menschen in Deutschland mehr Stabilität und Planbarkeit für ihr Leben wünschen und dies vor allem in ihrem sozialen Nahumfeld suchen und realisieren“ (BORGSTEDT 2012, 119). Diese Wiederverwurzelung kann in den urbanen Gärten der Städte gefunden werden, denn hier herrscht ein eigenes Zeitmaß. Das Wachstum der Pflanzen lässt sich nur bedingt beschleunigen und die Menschen sind dadurch dazu angehalten, sich dem Rhythmus der Pflanzen hinzugeben, der viel langsamer ist als der, den die Menschen häufig im Alltag

⁷ Für nähere Informationen ist die Homepage <http://www.urban-beekeeping.org/> zu empfehlen, auf der Erhard M. Klein über das Projekt „Die Bienenkiste“ und über das urbane Imkern informiert und dazu anleitet.

erfahren (vgl. RASPER 2012, S. 44). Auch können die Menschen in den Gärten die Kontrolle und Selbstbestimmung wiedergewinnen, die ihnen vielleicht in anderen Lebenssituationen fehlt. Wenn dann am Ende einer Vegetationsperiode auch erfolgreich geerntet werden kann, wirkt sich dies positiv auf das Selbstbewusstsein und Selbstwertgefühl der GärtnerInnen aus (vgl. GSTACH et al. 2009, S. 10). Doch ist hier anzumerken, dass es sich um Erfahrungen von urbanen NachbarschaftsgärtnerInnen handelt. Bei privaten Gärten in der Stadt oder auf dem Land können diese Erfahrungen wiederum anders aussehen. Dort sind es meist wenige Personen, die sich um einen Garten kümmern müssen, um ihn in Stand zu halten, während der urbane Nachbarschaftsgarten einen von Verpflichtungen entbindet und man sich auch auf seine MitgärtnerInnen verlassen kann.

Die politischen und persönlichen Beweggründe urban zu gärtnern sind auch Teil eines von mehreren AutorInnen festgestellten neuen Lifestyles. Hierbei wird einer jungen Mittelschichtgeneration eine „(...) Hinwendung zu ethischen Diskursen (...)“ und eine Abkehr von neokolonialen Verhältnissen (MÜLLER 2012a, S. 26) unterstellt, die mit Hedonismus und Individualisierung einhergehen. Die Nahrungsmittelproduktion soll also möglichst regional und saisonal sein, um zum einen die Ausbeutung von Arbeitskräften im globalen Süden nicht zu unterstützen und sich zum anderen möglichst klimafreundlich zu ernähren. Ein weiterer Bestandteil dieses proklamierten neuen Lifestyles ist der Wunsch nach (mehr) Autonomie, die nicht nur gefordert, sondern auch gelebt werden soll (vgl. MÜLLER 2007, S. 56; vgl. LEMKE 2009, S. 129). Autonomie können die Menschen nun wiederum in einem urbanen Garten erfahren, in dem sie selbst entscheiden, was wie angebaut und geerntet wird. Ein weiteres Merkmal dieses Lifestyles ist der Dilettantismus: Diejenigen, die in den Gärten mitwirken, haben nur selten einen gärtnerisch-fachlichen Hintergrund. Für viele der Digital Natives, also der Generation, die mit digitalen Technologien aufgewachsen ist, ist es gänzlich neu in einem Garten mit den eignen Händen in der Erde zu werkeln. Zudem definieren sich die Gärten darüber, dass sie sogenannte open source Projekte sind, also Projekte, die von allen Menschen genutzt, gestaltet, aber auch verändert werden können (vgl. MÜLLER 2012b). Auch an dieser Stelle wird wiederum deutlich, dass Autonomie und Individualisierungstendenzen Platz in der urbanen Gartenbewegung finden.

Neben diesen, sehr allgemein als einen neuen Lifestyle zusammengefassten, Entwicklungen, ist vielen GärtnerInnen der Bezug zu der Nachbarschaft, in der sie gärtnern, sehr wichtig. Die urbanen Gärten können als fester sozialer Treffpunkt einer Nachbarschaft dienen. Da die GärtnerInnen eine sehr heterogene Bewegung sind, treffen so auch Menschen aufeinander, die zwar in Nachbarschaft zueinander wohnen, jedoch ansonsten nie in

Interaktion miteinander getreten wären (vgl. MEYER-RENSCHHAUSEN 2004, S. 157f.; vgl. MÜLLER 2010, S. 60). Dies kann sich insofern positiv auf die Nachbarschaft auswirken, als dass ein Gemeinschaftsgefühl entsteht und die „(...) übliche urbane Anonymität aufbricht“ (VON DER HAIDE et al. 2012, S. 270). Jede/r einzelne kann also davon profitieren, in seiner/ihrer Nachbarschaft weniger isoliert zu leben. Eine Vermutung, warum dies gerade bei den urbanen Gärten so positiv verläuft, ist, dass es sich um „(...) community auf Zeit (...)“ (MÜLLER 2012a, S. 40) handelt, in der Regeln und Verpflichtungen nur lose vorhanden sind und das ganze Projekt auf einer freiwilligen Basis der Eigeninitiative funktioniert. Neben der Stabilisierung und Kommunikationsförderung wirken sich die urbanen Gärten aber auch auf die äußerliche Gestalt einer Nachbarschaft aus. REYNOLDS (2010), ein britischer Guerilla Gärtner⁸, beschreibt die Wirkung der Nachbarschaftsgärten zwar eher poetisch: „Von einem Nachbarschaftsgarten profitiert die ganze Umgebung. Wie den Duft seiner Blumen verströmt er positive Energie bis auf die Straße hinaus“ (REYNOLDS 2010, S. 33). Dennoch stellen auch andere AutorInnen die Tendenz der Aufwertung einer Nachbarschaft durch einen urbanen Garten fest. So können Nachbarschaften durch einen urbanen Garten an Attraktivität gewinnen, besonders wenn er sich auf vorherigen Brachflächen oder in Betonwüsten befindet. Ob diese Aufwertung nun wiederum Ursache oder Resultat von Gentrifizierung ist beziehungsweise sein kann, ist nicht festzustellen. Es fehlen, ebenso wie bei den Community Gärten aus New York City, weiterführende Studien zu dieser Fragestellung.

Eng verbunden mit dem Wunsch der GärtnerInnen nach einer stärkeren Vernetzung der Nachbarschaft ist auch deren Auseinandersetzung mit städtischer Raumpolitik. Diese wird häufig kritisch betrachtet, wobei folgende zentrale Fragen dahinter stehen: „Wer formt die Stadt? Wer darf mitreden? Wer entscheidet, was im öffentlichen Raum stattfindet?“ (RASPER 2012, S. 109). Es geht also auch hier um das Einfordern von Autonomie, in diesem Falle bezüglich der Mitgestaltung der Stadt. Hierbei werden durch die Gärten Räume erobert und entsprechend der Ideen und Wünsche der GärtnerInnen gestaltet. Auch von wissenschaftlicher Seite wird häufig postuliert, dass die Stadt kein vorgefertigter Raum im Sinne eines Containers ist, der gefüllt werden muss, sondern ein Lebensraum, den es unter Beteiligung der BürgerInnen zu gestalten gilt (vgl. MÜLLER 2012a, S. 37; MÜLLER 2012b). Die GärtnerInnen fordern somit eine demokratische und partizipative Mitgestaltung der Stadt. Auch deswegen sind viele der urbanen Gärten mit anderen städtischen Initiativen, wie dem Recht auf Stadt,

⁸ Guerilla Gardening beschreibt das heimliche Aussähen von Pflanzen im öffentlichen Raum.

vernetzt. In Kapitel 4 werde ich noch detaillierter auf die Aneignung von öffentlichem Raum und den Slogan Recht auf Stadt eingehen.

Somit lässt sich zusammenfassen festhalten, dass die urbane Garten-Bewegung nicht nur global betrachtet sehr divers ist, sondern es auch in deutschen Städten eine Vielzahl von Motivationen gibt, die Menschen dazu bewegen in Gemeinschaft zu gärtnern. Immer mehr Menschen kritisieren die Entwicklung der Nahrungsmittelproduktion, die vor allem auf Masse und Haltbarkeit bei geringer Sortenvielfalt abzielt. Deswegen werden in vielen urbanen Gärten Sorten ökologisch kultiviert, die es im Handel nicht geben darf. Außerdem nutzen viele Menschen die urbanen Gärten als Rückzugsort und Gegenpol zum Alltag, der häufig fremdbestimmt und stressig erscheint. Hier können sie Autonomie und Selbstbestimmung zurückerhalten. Gleichzeitig kann ein urbaner Garten einen sozialen Treffpunkt innerhalb einer Nachbarschaft bilden, bei dem Menschen interagieren und kommunizieren, die sonst nicht zusammenfinden würden. Dies stabilisiert nicht nur die Nachbarschaft, sondern wirkt auch der Isolation der Einzelnen entgegen. Auch äußerlich kann eine Nachbarschaft durch den Garten aufgewertet werden, denn die Flächen, auf denen die Gärten entstehen, waren zuvor meist Brachflächen. Durch die gezielte Aneignung dieser Flächen soll außerdem ein politisches Statement gemacht werden, dass die Mitgestaltung und –wirkung des öffentlichen Raumes einfordert. Dass diese Motivationen und ihre teilweise angesprochenen möglichen Auswirken nicht auf alle urbanen Gärten zutreffen, muss an dieser Stelle nochmals wiederholt werden. Auch beginnen viele Menschen ohne bestimmte Motivation zu gärtnern und entwickeln erst währenddessen ein Bewusstsein für die damit zusammenhängenden Themenfelder.

4 Theoretische Annäherungen an den Begriff Raum

Um die bisher erläuterten Thematiken grundlegend zu verstehen und um eine fundierte Basis für den methodisch-praktischen Teil dieser Arbeit zu schaffen, werde ich mich in dem folgenden Kapitel den Definitionen und Konzeptionen von Raum annähern. Da dieser Begriff nicht nur in der Geographie, sondern auch in anderen Bereichen, wie zum Beispiel den Sozialwissenschaften und den Künsten vielfältig thematisiert wird, präsentieren sich zahlreiche Zugänge. In dieser Arbeit kann jedoch keine umfangreiche Auseinandersetzung mit verschiedenen Definitionen stattfinden, weshalb ich mich im Wesentlichen auf das Raum-Konzept von Henri Lefebvre und die damit verbundenen Auseinandersetzungen beziehen werde (vgl. LEFEBVRE 1991, 38ff.). Dies ist vor allem nötig, weil sich ein wesentlicher Teil dieser Arbeit auf die *Recht auf Stadt-Bewegung* bezieht, deren Ursprung in einem Essay von Henri Lefebvre liegt. Somit werde ich zunächst auf den Begriff Raum unter Berücksichtigung von Henri Lefebvre eingehen und dann das Konzept von Recht auf Stadt genauer erläutern. In einem zweiten Teil werde ich mich mit dem Konzept des öffentlichen Raumes, sowie dessen Aneignung auseinandersetzen.

4.1 Was ist Raum?

Raum ist ein vielschichtiger Begriff, der auf mehreren Ebenen betrachtet werden muss. Die beiden Ebenen, die für diese Arbeit relevant sind, sind die des physischen und des sozialen Raumes⁹. Der physische Raum ist die materielle Gestalt, also eine Art Container oder Rahmen. Er dient beispielsweise dazu, Menschen zu verorten, denn menschliche Körper können sich immer nur an einem Ort zurzeit befinden (vgl. LIPPUNER 2005, S. 163f.). Der soziale Raum hingegen, ist der Raum der Immaterialität. In ihm findet also das Soziale statt: „Social Space is not a thing among other things, nor a product among other products: rather, it subsumes things produced, and encompasses their interrelationships in their coexistence and simultaneity (...)” (LEFEBVRE 1991, S. 73). Die Trennung in physischen und sozialen Raum wie in dieser Herleitung dient dazu Stadt zu dekonstruieren und entspricht nicht der Realität, da der physische Raum „(...) immer schon das Ergebnis einer Syntheseleistung sozialer und kultureller Praxis darstellt“ (BAURIEDL 2009, S. 221). Also ist auch der physische Raum ein Produkt sozialer Konstruktionsprozesse und nie ein leerer Container, den es zu füllen gilt, denn Syntheseleistung bezeichnet in diesem Zusammenhang die Konstruktion von Räumen

⁹ Der soziale Raum ist ein Konzept des französischen Soziologen Pierre Bourdieu (vgl. BOURDIEU 1985, S. 10ff.)

über die Wahrnehmung eines Menschen. Andersherum verhält es sich jedoch auch so, dass der soziale Raum sich teilweise entlang des physischen Raumes distribuiert, wie zum Beispiel bei Segregationsprozessen in Städten. Die hier dargestellten Zusammenhänge wurden sehr vereinfacht und verallgemeinert. Das ist jedoch für die vorliegende Arbeit nicht problematisch, denn es geht hier weniger darum, was Raum ist, sondern viel mehr darum wie mit Raum umgegangen wird.

4.2 Henri Lefebvre und Raum

Der französische Soziologe Henri Lefebvre veröffentlichte 1974 sein bis heute vielfach diskutiertes und zitiertes Werk *La production de l'espace*, in welchem er in marxistischer Tradition darstellt, wie Gesellschaften Räume produzieren. Er stellt dabei heraus, dass jede Gesellschaft ihren charakteristischen Raum hervorbringt. Raum ist also nach Lefebvre weder ein materieller Raum, noch eine bloße gedankliche Konstruktion, sondern das Ergebnis sozialer Praxis. Diese Raumproduktion setzt sich aus drei Ebenen zusammen: *spatial practice*, *representation of space* und *representational space* (siehe Abb. 2).

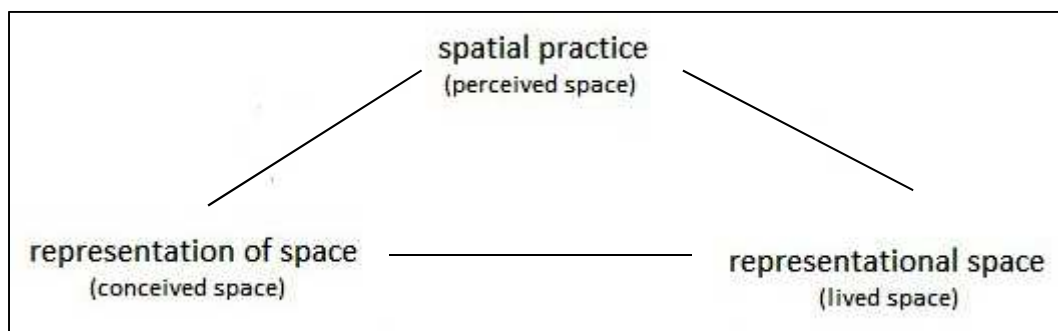


Abb. 2: Raumtriade nach LEFEBVRE

Spatial practice, häufig als räumliche Praktik(en) übersetzt, umfasst die Produktion und Reproduktion von Raum, basierend auf dem wahrgenommenen Raum (perceived space). Es handelt sich also um die alltägliche, nicht-reflexive „(...) durch Routine [und Erfahrungen] (...) abgesicherte Praxis der Herstellung und Reproduktion von Räumen sowie das körperliche Erleben und Erleiden der Räume“ (LÖW et al. 2008, S. 53). Die zweite Ebene, *representation of space* (Repräsentation von Raum), beschreibt den zum Beispiel von PlanerInnen entworfenen Raum (conceived space). Durch das Konzipieren von Raum wird dessen Ordnung offensichtlich und er wird lesbar: „(...) scientists, planners, urbanists (...) identify what is lived and what is perceived with what is conceived“ (LEFEBVRE 1991, S. 38). *Representational space* (Raum der Repräsentation), die dritte Ebene der Triade, umfasst den gelebten Raum (lived space). Es handelt sich hierbei um die gemeinschaftlichen

Ausdrucksräume der BewohnerInnen, aber auch der KünstlerInnen, die über Symbole verkörpert werden: Representational space „(...) overlays physical space, making symbolic use of its objects” (ebd., S. 39). Alle drei genannten Momente – spatial practice, representation of space, representational space – konstituieren gemeinsam und auf ihre eigene Weise den Raum. Dabei ist wichtig, dass sie sich gegenseitig bestimmen und nur miteinander den Raum erschaffen können, obgleich sie für sich komplexe Systeme darstellen: „Relations between the three moments of the perceived, the conceived and the lived are never either simple or stable, nor are they positive in the sense in which this term might be opposed to negative, to the indecipherable, the unsaid, the prohibited, or the unconscious” (ebd., S. 46). Wie bereits erwähnt, ist der Kern von Lefebvres Werk die Feststellung, dass jede Gesellschaft ihre spezifischen Räume hervorbringt. Somit ist an dieser Stelle abschließend nochmals hervorzuheben, dass Räume die sozialen Produkte einer konstituierenden Triade sind.

4.3 Henri Lefebvre und das Recht auf die Stadt

Bereits sechs Jahre bevor Henri Lefebvres Werk zur Raumproduktion veröffentlicht wurde, erschien ein anderes, sehr prominentes Buch von ihm: *Le droit à la ville*, das Recht auf die Stadt. Der Ursprung dieses Programmes beruht auf Beobachtungen, die Lefebvre in den 1960er Jahren in Frankreich machte. Wie viele andere westeuropäische Industrieländer war auch Frankreich zu jener Zeit vom Fordismus und einem fortschreitenden keynesianischen Wohlfahrtsstaat geprägt. Diese Entwicklungen führten zu einer nachhaltigen Transformation der Städte: Enorme Migrationsströme vom Land in die Stadt und der darauf reagierende funktionalistische Städtebau resultierten in einer Umstrukturierung der Innenstädte (vgl. SCHMID 2011, S. 25f.). Hieraus ergaben sich wiederum, so Lefebvre, verschiedene Konflikte, aber auch Potentiale: Einerseits sah er die Gefahr, dass ein Teil der städtischen BewohnerInnen durch diese Entwicklungen vom städtischen Leben ausgeschlossen und aus den Innenstädten verdrängt werden können und, dass die städtische (Lebens)Qualität unter der städtischen Umstrukturierung leide. Andererseits sah Lefebvre auch die mögliche Entwicklung zu einer emanzipierten, urbanen Gesellschaft (vgl. ebd.). Unter dem Recht auf Stadt fasst Lefebvre somit zunächst „(...) ein Recht auf Nichtausschluss von den Qualitäten der urbanisierten Gesellschaft (...)“ (GEBHARDT, HOLM 2011, S. 7) zusammen. Die stilisierte Stadt, um die es sich hier handelt, ist also durch die Transformationsprozesse selber zur Akteurin geworden. So zeigt sich in diesem Zusammenhang auch ein verändertes Raumverständnis, denn sobald die Stadt als Akteurin begriffen wird, vereint sie die drei

Dimensionen des Raumes, perceived, conceived und lived space, und ist somit nicht mehr nur ein leerer, zu gestaltender Container.

Weitergehend lassen sich je nach Herangehensweise unterschiedliche Themen in Lefebvres Konzept nach einem Recht auf Stadt hervorheben, wobei die wesentlichen hier das Recht auf Zentralität und Differenz, sowie das Recht auf Partizipation und Aneignung sind.

Das Recht auf Zentralität umfasst „(...) den Zugang zu den Orten des gesellschaftlichen Reichtums, der städtischen Infrastruktur und des Wissens“ (ebd., S. 8). Lefebvre definiert Stadt somit als Zentrum, jedoch nicht als ein geographisches, sondern als eine „(...) Gleichzeitigkeit der Dinge und Menschen, die sich um einen Punkt zusammenbringen lassen“ (SCHMID 2011, S. 32). Das Recht auf Differenz steht wiederum „(...) für eine Stadt als Ort des Zusammentreffens, des Sich-Erkennens und Anerkennens und der Auseinandersetzung (...)“ (GEBHARDT, HOLM 2011, S. 8). Diese spezifisch urbane Differenz entsteht durch die gleichzeitige Anwesenheit von Menschen unterschiedlicher Herkunft (ethnisch, sozial, etc.) und mit unterschiedlichen Wertvorstellungen, Motivationen und Zielen (vgl. SCHMID 2011, S. 33).

Das Recht auf Partizipation und Aneignung wurde besonders von PURCELL (2002) hervorgehoben, der darunter zum einen zusammenfasst, dass die BewohnerInnen einer Stadt eine wesentliche Funktion bei Entscheidungen über den urbanen Raum haben sollten (the right to participation) und zum anderen, dass sie den urbanen Raum betreten und benutzen können (the right to appropriation) (vgl. PURCELL 2002, S. 103)

Darüber hinaus handelt es sich bei dem Recht auf die Stadt nicht um eine abgeschlossene, allgemeingültige Theorie. Vielmehr zeigt Lefebvre damit eine Perspektive, beziehungsweise einen Zugang zu Stadt und Stadtentwicklungsprozessen und erschafft so eine konkrete Utopie. Möglicherweise findet deswegen das Recht auf Stadt auch heute noch so zahlreiche Verwendung bei verschiedenen urbanen (Protest)Bewegungen, denn es beschreibt mehr als nur das Recht auf Nichtausschluss, nämlich das aktive und ubiquitäre Recht auf Teilhabe und Zugang zum städtischen Leben: „(...) the right to the city is a unitary right, a simple right that makes claim to a city in which all of the separate and individual rights so often cited in charters and agendas and platforms are implanted. It is THE right to the city, not RIGHTS to the city“ (MARCUSE 2012, S. 34). Nach wie vor richtet sich das Recht auf Stadt an diejenigen, die aufgrund von fehlendem Bildungs-, ökonomischem oder zeitlichem Kapital nicht die Möglichkeit besitzen, ihre Interessen und Bedürfnisse in der Stadtentwicklung öffentlich zu machen und durchzusetzen. Die dabei geschaffene Utopie

Lefebvres zeigt die Möglichkeiten einer anderen, einer partizipativen Stadt, wie GEBHARDT und HOLM zusammenfassen: „Das Recht auf die Stadt steht dabei für eine Vision des Wandels, der die Umverteilung materieller, sozialer, politischer, kultureller und symbolischer Ressourcen umfasst und auf den Prinzipien der Demokratie, Gleichheit, Anerkennung von Differenzen und Einbeziehung (...) basiert (...), im Sinne einer urbanen Demokratie“ (GEBHARDT, HOLM 2011, S. 15).

Häufig geht mit der Forderung nach einem Recht auf Stadt auch eine Forderung nach der (Wieder)Aneignung von öffentlichem Raum einher. Auf diese Thematik soll nun im folgenden Kapitel genauer eingegangen werden, wofür ich mich zunächst den beiden Begriffskomplexen *öffentlicher Raum* und *Aneignung von Raum* annähern werde, um sie dann in Verbindung zu einander zu bringen.

4.4 Öffentlicher Raum

Die Bezeichnung öffentlicher Raum scheint im allgemeinen Sprachgebrauch zunächst eine eindeutige Bedeutung zu haben: Es handele sich hierbei um Raum, der für die Öffentlichkeit frei zugänglich ist beziehungsweise sein sollte (vgl. GLASZE 2001, S. 160f.). Doch bei näherer Betrachtung wird deutlich, dass es DEN öffentlichen Raum¹⁰ nicht gibt. Nicht nur ist kein Raum gleich einem anderen, sondern auch die definitorische Herangehensweise kann je nach wissenschaftlichem und denkerischem Hintergrund sehr unterschiedlich ausfallen. GLASZE (2001) identifiziert beispielsweise drei Bedeutungsebenen für den öffentlichen Raum: Die erste orientiert sich an den Eigentumsrechten, nach denen der öffentliche Raum ein physischer Ort ist, der durch die öffentliche Hand (Stadt, Kommune, etc.) verwaltet wird. Die zweite Bedeutung beruht auf einer linguistischen Herangehensweise, bei der öffentlich von offen abgeleitet wird und öffentliche Räume somit Orte sind, die für alle Menschen offen, also zugänglich sind (vgl. GLASZE 2001, S. 161). Zuletzt stellt GLASZE (2001) in einer dritten Bedeutungsebene öffentlich Räume als Räume der Öffentlichkeit heraus. Unter Öffentlichkeit versteht er wiederum zweierlei Dinge: „Erstens Öffentlichkeit als Begegnung, Auseinandersetzung und Kommunikation von Fremden (...). (...) Zweitens Öffentlichkeit als Arena, in der Dinge von allgemeinem Interesse transparent und einer politischen Willensbildung zugeführt werden, an der sich alle beteiligen können“ (ebd.). Öffentlicher Raum ist somit ein Raum in dem Menschen zusammentreffen und interagieren, diskutieren

¹⁰ Zwar wird im Verlaufe der Arbeit von öffentlichem Raum im Singular geschrieben, dennoch wird darunter kein bestimmter öffentlicher Raum verstanden, sondern die Gesamtheit öffentlicher Räume generalisiert zusammengefasst.

und sich austauschen können, ganz gleich ob sie einander fremd oder bekannt sind. Hierbei wird deutlich, dass der öffentliche Raum nicht zwingend nur als ein materieller, also als physischer Raum verstanden werden kann, sondern, dass er auch ein sozial konstruierter Raum ist, in dem gesellschaftliche Prozesse stattfinden. Doch egal welche der drei Bedeutungsebenen herangezogen wird, alle drei sind in der Theorie von GLASZE (2001) sehr simplifiziert. Deswegen sollen darüber hinaus nun noch weitere Annäherungen an den öffentlichen Raum herangezogen werden.

IVESON (2007) unterscheidet zwei Ansätze, über die öffentlicher Raum (hier: public space) definiert werden kann: der prozessuale und der topographische Ansatz. Unter dem prozessualen Ansatz zusammengefasst, ist öffentlicher Raum ein sozial konstruierter Raum der Begegnung, ähnlich der dritten Bedeutungsebene von GLASZE: „Defined procedurally, public space is understood to be any space which, through political action and public address at a particular time, becomes the site of power, of common action coordinated through speech and persuasion“ (IVESON 2007, S. 10). Der topographische Ansatz fasst öffentliche Räume als physische Orte einer Stadt zusammen, die für alle Menschen zugänglich sind, beziehungsweise zugänglich sein sollten: „Public space is most commonly defined in a topographical sense, to refer to particular places in the city that are (or should be) open to members of the public. Here, we are talking about places such as streets, footpaths, parks, squares and the like“ (ebd., S. 4f.).

Insofern kann nun zusammengefasst werden, dass der öffentliche Raum, im Idealfall, einen hybriden physisch und sozial konstruierten Raum darstellt, der ständig für alle Menschen zugänglich ist und der auf vielfältige Art ein Ort der Begegnung, Interaktion und des Austausches ist. Weitergehend lässt sich der öffentliche Raum nun in die lefebvrische Raumkonzept einordnen. Der öffentliche Raum als physischer Raum ist somit zunächst der conceived space, der durch Gebäude oder Symbole zu einer Repräsentation von Raum gemacht wird. Gleichzeitig wird der öffentliche Raum „(...) durch die Nutzung und Aneignung von Menschen zu einem Raum der Repräsentation (...)“ (SCHMIDT 2011, S. 39). Er ist also auch gelebter Raum (lived space), der durch Aneignung zu Ausdrucks- und Repräsentationsraum wird. Letztlich ist der öffentliche Raum auch ein Ort der räumlichen Praktik(en), an dem Raum routiniert und nicht-reflexiv produziert und reproduziert, sowie erlebt wird.

Hier kann nun noch weitergehend die Verbindung zu Initiativen, die unter dem Slogan von „Recht auf Stadt“ und der Forderung nach der (Wieder)Aneignung von öffentlichem Raum fungieren, gezogen werden.

Ich verstehe unter der Aneignung von Raum nicht die klassische Bedeutung des Begriffes, nämlich das Erwerben oder Erlernen einer Sache, sondern orientiere mich in dem vorliegenden Zusammenhang an der Definition von CHOMBART DE LAUWE: „Aneignung enthält gegenüber der Benutzung eine produktive und kreative Komponente, nämlich die aktive Anwendung instrumenteller, kognitiver und emotionaler Fähigkeiten, die zum Begreifen natürlicher und sozialer Umwelt eingesetzt werden“ (CHOMBART DE LAUWE 1977, S. 6 zitiert nach TESSIN 2011, S. 165). Die Aneignung von Raum bedeutet also mehr als einen Raum wahrzunehmen und sich in ihm aufzuhalten: Der Raum wird durch die BürgerInnen (re)produziert, also konkret und sichtbar angeeignet. Wenn Lefebvre also das Recht auf die Stadt proklamiert, dann steht dahinter auch das Recht auf die Aneignung der öffentlichen Räume einer Stadt. HOLM (2011) bezeichnet daher das Recht auf die Stadt in diesem Zusammenhang als „(...) Praxisorientierung für eine Ausrichtung sozialer Bewegungen auf eine politische Selbst- und Mitbestimmung sowie Praktiken der (Wieder-)Aneignung. Es (...) steht für den Anspruch auf eine Repolitisierung im Sinne einer öffentlichen Verhandlung über Dinge, von denen alle betroffen sind“ (HOLM 2011, S. 96). Hier wird bereits deutlich, dass der öffentliche Raum nicht nur Schauplatz, sondern auch selbst Kern von Konflikten sein kann, wenn ein vermeintlich öffentlicher Raum durch Aneignungsbarrieren beschränkt wird oder wenn verschiedene Interessensgruppen aufeinandertreffen. Aneignungsbarrieren können sehr unterschiedlich sein und reichen von sozialen, über kulturelle, ökonomische und juristische bis hin zu räumlichen Hindernissen (vgl. HERLYN et al. 2003, S. 30). Diese Barrieren treten nicht zwingend miteinander auf, aber dennoch können eine oder mehrere von ihnen dafür verantwortlich sein, dass ein Raum nicht vollkommen angeeignet werden kann.

Der öffentliche Raum, als ein hybrider sozialer und physischer Raum, kann also Ort und Gegenstand von Aneignungsprozessen sein, die durch Lefebvres Recht auf Stadt theoretisch fundiert werden können.

5 Die Hamburger Stadtentwicklung

Im Folgenden werden die wichtigsten Etappen der Hamburger Stadtentwicklung seit dem Zweiten Weltkrieg dargestellt. Um den Umfang möglichst gering zu halten, beschränke ich mich dabei auf die Stadtentwicklung seit den 1940er Jahren, da der Zweite Weltkrieg als einschneidendes Ereignis auf die Hamburger Stadtgestalt einen geeigneten Ausgangspunkt bildet. Im zweiten Abschnitt dieses Kapitels wird dann explizit auf die Stadtteilentwicklung des Karolinenviertels eingegangen, da es sich hierbei um das Gebiet der Fallstudie handelt. Durch dieses Kapitel wird verdeutlicht, wie die Stadtentwicklung in Hamburg und die Stadtteilentwicklung im Karolinenviertel der vergangenen Jahrzehnte verlaufen sind. Dies ist nötig, um später den Begriff der Stadtteilentwicklung von unten einzuführen.

5.1 Die wichtigsten Etappen der Hamburger Stadtentwicklung seit dem Zweiten Weltkrieg

Nach dem 1943 über 50% der Wohnungen in Hamburg durch Luftangriffe der Alliierten zerstört wurden, war die Stadtentwicklung der folgenden Jahre vor allem von dem Wiederaufbau zur Schaffung von Wohnraum geprägt (vgl. SCHUBERT 2005, S. 54). Dieser verlief zunächst unkoordiniert, bis das Wirtschaftswunder der 1950er und 1960er Jahre dazu verhalf, einen flächendeckenden Aufbauplan als Orientierung für die Stadtentwicklung zu erstellen. Von nun an sollte nach dem Leitbild gehandelt werden, durch den Aufbau „(...) die grundlegenden Schäden einer Großstadt nach bester Möglichkeit mit ausmerzen und [Hamburg] nicht in alter Form wieder aufzubauen, sondern nach den Grundsätzen heutiger Stadtbaukunst neu zu entwerfen“ (FHH 2003, S. 25). Es handelte sich also nicht nur um einen Wiederaufbau, sondern auch um einen modernisierten Neubau von Wohnungen.

Nach dem in den 1950er Jahren noch eine räumliche Trennung von Wohnen und Arbeiten, sowie eine vom Stadtzentrum in die Peripherie abnehmende Dichte im Fokus der Planung standen, war zehn Jahre später vor allem die Auflockerung und Dezentralisierung ein Thema. Ein Ergebnis dieser Phase der Stadtentwicklung sind verschiedene Großwohnsiedlungen. Nachdem vielerorts besonders Altbauten in den 1970er Jahren in einem immer schlechteren Zustand waren, setzte eine große Abwanderungswelle jener, die die entsprechenden finanziellen Grundlagen hatten, von innerstädtischen Bereichen an den Stadtrand oder in benachbarte Gemeinden ein. Um dem entgegenzuwirken, führte die Stadt nun verschiedene Modernisierungs- und Sanierungsprogramme durch. Nachdem verschiedene Sanierungsgebiete förmlich festgelegt wurden, wurde innerhalb dieser, unter dem Leitbild der

„(...) Stadterneuerung in kleinen Schritten (...)“ (POLKOWSKI 2001, S. 588), kleinteilig und unter Beibehalt ihrer räumlichen Strukturen gearbeitet. Durch das Angebot unterschiedlich teurer Wohnungen sollte die soziale Durchmischung der Stadtviertel erhalten beziehungsweise wiederhergestellt werden.

Nach einem Revitalisierungsprogramm im Jahr 1990, das vor allem auf die Modernisierung der Großwohnsiedlungen abzielte, folgte 1998 das Programm der sozialen Stadtteilentwicklung. Das Ziel dieses Programmes war eine quartiersbezogene soziale Stadtentwicklung, bei der vor allem auch Beteiligungsmöglichkeiten für AnwohnerInnen geschaffen und gestärkt werden sollten: „Da es bei dem Programm zur sozialen Stadtteilentwicklung in erster Linie darum geht, die Selbsthilfekräfte im Quartier durch Mitwirkungsmöglichkeiten zu gewinnen (...), hat der Gesichtspunkt der größtmöglichen Offenheit der Beteiligungsformen Priorität“ (FHH 1999, S. 15). Dennoch bleibt offen, inwieweit das Leitziel der BürgerInnenbeteiligung tatsächlich realisiert worden ist, denn hierfür müssten verschiedene Fälle genauer betrachtet werden, was in dieser Arbeit jedoch des Umfangs wegen nicht möglich ist.

Wenige Jahre später versuchte die Stadt Hamburg sich durch das Leitbild Metropole Hamburg – Wachsende Stadt auch auf globaler Ebene als attraktiver Wirtschaftsstandort zu profilieren und zu vermarkten. Dies kündigte im Jahr 1983 bereits der damalige Bürgermeister Hamburgs, Klaus von Dohnanyi, mit dem Begriff „Unternehmen Hamburg“ in einer Rede im Übersee-Club an¹¹. Die Stadt wird hierbei als profitorientiert agierendes Unternehmen verstanden, dass ständig auf der Suche nach rentablen Arbeitskräften und gewinnbringenden Betrieben ist. In diesem Zusammenhang wird auch häufig die Bezeichnung „unternehmerische Stadt“ benutzt, der HOLM (2007) folgende Kriterien zuschreibt: „Die Stadtverwaltungen sollen sich ganz wie Unternehmen auf ihre Kernaufgaben beschränken und öffentliche Dienstleistungen zunehmend nach marktwirtschaftlichen Effizienzkriterien bewerten“ (BPB 2007). Damit einher gehen auch Prozesse der Privatisierung, die von dem Verkauf öffentlicher Wohnungsgesellschaften und anderer Unternehmen bis zur Privatisierung von (ehemals) öffentlichem Raum reichen. In genau diesem Punkt sieht Holm allerdings auch die Gefahr der unternehmerischen Stadt: „Die europäischen Städte drohen ihren Charakter als Orte der sozialen und kulturellen Integration zu verlieren“ (ebd.). Er sieht also einen Verlust der sozialen und kulturellen Werte einer Stadt zu Gunsten von

¹¹ Die gesamte Rede von Klaus von Dohnanyi befindet sich auf der Homepage des Übersee-Club Hamburg unter folgender Adresse: <http://www.uebersee-club.de/vortrag/vortrag-1983-11-29.pdf>. Zugriff am 21.09.2012.

wirtschaftlichem Profit. Diese Entwicklung wird auch von verschiedenen Hamburger Initiativen, die auf unterschiedliche Art unter dem Slogan Recht auf Stadt agieren, stark kritisiert, denn trotz hoher Globalisierung des Alltags, hat das Wohnumfeld für viele BürgerInnen wieder beziehungsweise immer noch eine zentrale Bedeutung. Hieraus ergibt sich wiederum das Bedürfnis, das eigene räumliche Umfeld mit zu planen, zu entwickeln und zu gestalten (vgl. FÜRST et al. 2004, S. 25f.).

Auch die Stadt Hamburg proklamiert in verschiedenen Schriften, dass ihre Planungskultur transparent, kommunikativ und partizipativ sei (vgl. FHH 1999, S. 6; FHH 1996, S. 106; FHH 2007, S. 47ff.). Inwieweit dies allerdings in der Realität zutrifft, bleibt offen. Es kann jedoch festgehalten werden, dass, gemessen an städtischen Protesten und Initiativen, viele BürgerInnen sich nicht genügend in Stadtteilplanungen einbezogen fühlen. Diese Verhältnisse können nun wiederum in einen Prozess resultieren, der als Stadtteilentwicklung von unten bezeichnet werden kann. Um zu erläutern was ich unter einer Stadtteilentwicklung von unten verstehe, werde ich mich in Kapitel 6 (Der Park Fiction und die Stadtteilentwicklung von unten) auf das Beispiel des Park Fiction in St. Pauli Süd beziehen. Ich benutze dieses Beispiel, um, trotz des Mangels an wissenschaftlicher Literatur zum Thema Stadtteilentwicklung von unten eine definitorische Basis für diese Thematik zu schaffen. Zudem diene das Planungsvorgehen des Projekts Park Fiction als konkretes Vorbild für die Wunschproduktion bei der Alten Rindermarkthalle.

5.2 Stadtentwicklung im Karolinenviertel

Das Quartier Karolinenviertel (häufig auch: Karo Viertel) befindet sich im nordöstlichen Teil des Hamburger Stadtteils St. Pauli und wird durch das Messegelände, den Schlachthof, das Heiligengeistfeld und den Bunker umschlossen (siehe Abb. 3). Auf einer Fläche von circa 0,1 km² leben heute etwa 3.900 Menschen (Stand 2011, vgl. STATISTIKAMT NORD 2011).

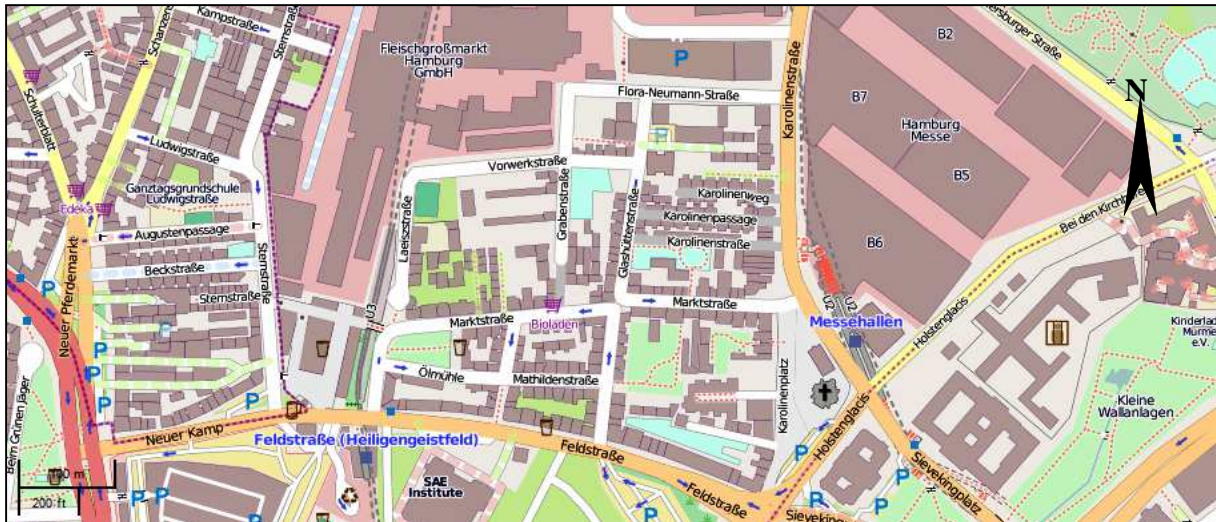


Abb. 3: Das Karolinenviertel

Im Gegensatz zu vielen anderen Flächen Hamburgs blieb das Karolinenviertel im Zweiten Weltkrieg weitestgehend unzerstört, weshalb immer noch viele gründerzeitliche Bauten vorhanden sind und für die besondere Architektur des Viertels sorgen. Bevor es im 19. Jahrhundert allerdings dicht bebaut wurde, war das Karolinenviertel eine Gartenhaussiedlung (die Gartenflächen mussten Häusern weichen) (vgl. FHH 1984, S. 6ff.).

Der 1890 erbaute Schlachthof und das 1895 erbaute Kohlekraftwerk Karoline in unmittelbarer Nähe zum Karolinenviertel, beeinflussten die darauffolgende Entwicklung stark: zum einen wurde das Karolinenviertel durch den Schlachthof vom angrenzenden Schanzenviertel abgetrennt, zum anderen sorgten Schlachthof und Kraftwerk in den Folgejahren für schlechte Luftverhältnisse im Viertel. Gleichzeitig bewahrte das Viertel aber auch die Besonderheit trotz City-Nähe verkehrsarm und dadurch relativ ruhig zu sein. Zwischen den 1950er und 1980er Jahren herrschte Unsicherheit seitens der Planung des Viertels, was vor allem in einen zunehmenden Verfall der Gebäude und teilweise in einen Wegzug der solventen AnwohnerInnen resultierte. In der Zwischenzeit war das Karolinenviertel Anfang der 1970er Jahre zum Messeerweiterungsgebiet der neu eröffneten Hamburger Messe erklärt worden, sollte dafür Bedarf entstehen (vgl. ebd.).

Mit der Gründung der steg (Stadterneuerungs- und Stadtentwicklungsgesellschaft Hamburg GmbH) wurde das Karolinenviertel 1988 als Sanierungsgebiet (Ende der Förderlaufzeit: 2012) mit unter Anderem folgenden Sanierungszielen festgelegt: „Bewahrung des Bestands an Gebäuden, um relativ günstigen Wohnraum (...) zu erhalten, Überzeugung der Eigentümer, zur Sanierung und Modernisierung möglichst öffentliche Förderung in Anspruch zu nehmen, (...) Erhöhung der Zahl an öffentlichen und privaten Grünflächen“

(STEG 2012). Besonders der Mangel an Grünflächen wurde auch in den Jahrzehnten zuvor bereits häufiger an verschiedener Stelle kritisiert (vgl. FHH 1984, S. 6).

In den Folgejahren kam es im Karolinenviertel immer wieder zu verschiedenen Protesten und Initiativen durch AnwohnerInnen, die allerdings, aus ihrer Sicht, nur teilweise erfolgreich verliefen: Hierzu zählen die Hausbesetzungen und Räumungen der sogenannten LaMa-Häuser zwischen 1987 und 1990 (vgl. 20359HAMBURG.DE 2012; KARO4TEL.DE 2012), die Durchsetzung eines öffentlichen Parks auf dem heutigen Ölmühlenplatz, der zuvor als Parkplatz diente und potentiell Bauland war (vgl. HAMBURGER ABENDBLATT 1994a, S. 10), sowie verschiedene Auseinandersetzungen in Verbindung mit dem ehemaligen Bauwagenplatz Bambule an der Vorwerkstraße (vgl. HAMBURGER ABENDBLATT 1994b, S. 10).

6 Der Park Fiction und die Stadtteilentwicklung von unten

Der Park Fiction im Hamburger Stadtteil St. Pauli ist ein kleiner, von AnwohnerInnen und KünstlerInnen gestalteter Park, der sich am Pinnaßberg, gegenüber dem Dock 10 befindet. Seit den frühen 1980er Jahren plante die Stadt Hamburg die Bebauung dieser bisher noch öffentlichen und unbebauten Fläche in direkter Nachbarschaft zur Elbe. Als sich diese Pläne 1991 zu konkretisieren scheinen, fordern die Initiative Hafenrand e.V. und die Kirchengemeinde St. Pauli, die sich bereits zehn Jahre zuvor gegen eine Bebauung wehrte, einen Park, der von AnwohnerInnen selbst gestaltet werden soll. Nachdem die Hamburger Kulturbehörde die beiden KünstlerInnen Cathy Skene und Christoph Schäfer 1995 einlud, im Zuge des Programmes „Kunst im öffentlichen Raum“ ein Projekt zu gestalten, schlossen sich diese mit dem Hafenrand e.V. zusammen und entwickelten das Konzept „Park Fiction“ (vgl. LEWITZKY 2005, S. 113).

Nach verschiedenen Planungsprozessen, Aktionen rund um den Park Fiction und Auseinandersetzungen mit Hamburger Behörden kommt es zunächst nicht zu der finanziellen Förderung, die die Hamburger Kulturbehörde dem Projekt zusicherte. Dennoch beteiligen sich weiterhin der Hafenrand e.V., KünstlerInnen und AnwohnerInnen, an der Weiterentwicklung ihres Projekts und stellen im Jahr 1997 einen Container auf der heutigen Fläche des Park Fiction auf, der als Planungsbüro fungierte. Zudem besetzten sie dadurch auch physisch den betroffenen Raum und eigneten sich diesen an. Der Container war regelmäßig geöffnet und diente als Wunschproduktion dazu, mit verschiedenen Planungswerkzeugen die Ideen und Wünsche der AnwohnerInnen für die betroffene Fläche zu sammeln, zu informieren und Diskussionsort zu bieten (vgl. LEWITZKY 2005, S. 113).

Eine Wunschproduktion ist der Definition nach eine „(...) Methode, die Bedürfnisse der AnwohnerInnen zu sammeln und zur Sprache zu bringen“ (FÜLLNER, TEMPLIN 2011, S. 89). Die Ergebnisse waren unter anderem mehrere hundert ausgefüllte Fragebögen, Zeichnungen, Modelle und Interviews (vgl. STÖVESAND 2005). Aus all diesen Ergebnissen erstellten die InitiatorInnen ein Parkmodell, in dem sie möglichst viele realisierbare Ideen miteinander kombinierten, um den Wünschen der AnwohnerInnen nachzugehen. Nach dem das Projekt Park Fiction auf verschiedenen Ausstellungen gastierte, wie beispielsweise 2002 auf der Documenta 11 in Kassel, und auch außerhalb Hamburgs und außerhalb Deutschlands an Bekanntheit gewann, starteten noch im selben Jahr die Bauarbeiten für den Park. Vorangegangen waren also fast zehn Jahre der aktiven BürgerInnenbeteiligung: In Eigeninitiative haben AnwohnerInnen über die Planungswerkzeuge der Wunschproduktion

die Stadtteilentwicklung und -planung selbst in die Hand genommen, die letztlich in dem Parkentwurf resultierten. Darüber hinaus wurde durch Öffentlichkeitsarbeit eine Vielzahl von Menschen über das Projekt informiert. In verschiedenen Behörden und Ausschüssen, sowie an sogenannten Runden Tischen wurde das Projekt über Jahre hinweg immer wieder präsentiert und letztlich auch durchgesetzt, obwohl es mehrmals, vor allem durch Politiker des Bezirk Mitte, verhindert wurde. Im Zusammenhang der Realisierung konnte auch der Golden Pudel Club, der sich direkt neben dem Park befindet, erhalten werden (vgl. LEWITZKY 2005, S. 113f.).

Heute besteht der Park, der im Jahr 2005 eröffnet wurde, aus zwei unterschiedlich gestalteten Rasenflächen, einer Hundewiese, verschiedenen Sitz-, Liege- und Spielmöglichkeiten, sowie drei großen Plastikpalmen (Abb. 4).



Abb. 4: Der Park Fiction

Besonders interessant ist zudem, dass die Stadt Hamburg auf ihrem Internetauftritt mittlerweile mit dem Park Fiction als Sehenswürdigkeit Hamburgs wirbt (vgl. LEHMANN 2012), während die InitiatorInnen den Park selbst folgendermaßen beschreiben: „Park Fiction ist Kunst im öffentlichen Raum als praktische Kritik an Stadtplanung als Ausdruck und Mittel staatlicher Macht und wirtschaftlicher Interessen aus einer BenutzerInnenperspektive heraus“ (SCHÄFER et al. 1995).

Eine Stadtteilentwicklung von unten ist also die mögliche Reaktion auf eine Stadtteilentwicklungspolitik von oben, also von den Ämtern und Behörden einer Stadt ausgehend, mit der die AnwohnerInnen nicht zufrieden sind. Stadtteilentwicklung umfasst in diesem Zusammenhang allgemein die „(...) Veränderungen bzgl. bestimmter Merkmale, wie z.B. der sozialen, ethnischen oder altersmäßigen Zusammensetzung der Bewohnerschaft, der vorherrschenden Art der Nutzung oder des Zustands der Bausubstanz des Stadtteils (...)“ (FRANZ 1989, S. 3), wobei es in diesem Zusammenhang im Wesentlichen um die veränderte

Nutzung des Stadtraumes geht. Die Stadtentwicklung von unten ist dabei mehr als die Beteiligung an Planungsprozessen, denn die Stadtteilentwicklung von unten geht von den BürgerInnen aus, ähnlich wie bei sogenannten Grassroot movements, die Bewegungen bezeichnen, die metaphorisch beschrieben an der Graswurzel entstehen. Es ist also der Versuch, Ideen, die aus der Bevölkerung kommen, umzusetzen. Die Stadtteilentwicklung von unten ist somit auch eine Art Protest, jedoch auf eine konstruktive Art, da Dinge nicht schlichtweg abgelehnt, sondern kollektive Gegenvorschläge präsentiert werden. BürgerInnen können durch das Mitwirken an solchen Prozessen „(...) von und über Demokratie (...)“ (SCHRÖDER 2010, S. 23) lernen, in dem sie mit den lokalen AkteurInnen in Kontakt treten und nicht nur die eigenen, sondern kollektive Ideen vertreten. Durch die Auseinandersetzung mit dem eigenen Wohnumfeld kann außerdem die Identifikation der BürgerInnen mit diesem gestärkt werden. Auch besteht die Möglichkeit, dass AkteurInnen der Stadtteilentwicklung und -planung von den Ideen, der Kreativität und den Planungswerkzeugen der BürgerInnen lernen können (vgl. ebd., S. 24). Zudem können die BürgerInnen, die sich vor Ort befinden, eventuell Sachverhalte in die Planung miteinbringen, die bei Stadtentwicklungsprozessen, die von oben ausgehen eventuell gar nicht berücksichtigt würden, weil sie nicht bekannt sind. Ob eine Stadtteilentwicklung von unten auch negative Auswirkungen beziehungsweise Risiken mit sich bringt, wird im weiteren Verlauf dieser Arbeit anhand des Fallbeispiels erarbeitet (siehe Kapitel 9).

7 Zwischenfazit

Bereits an dieser Stelle können erste, eher allgemeine Ergebnisse, die sich aus der Literatur- und Internetrecherche ergeben haben, zusammengefasst werden. Zunächst werden die Potentiale des urbanen Gärtnerns identifiziert, um dann, in einem zweiten Schritt Potentiale, die das urbane Gärtnern hinsichtlich einer Form der Stadtteilentwicklung von unten hat, festzustellen.

7.1 Potentiale des urbanen Gärtnerns

Ein urbaner Garten, bietet den NutzerInnen die Möglichkeit über einen Teil ihrer Nahrungsproduktion, selbst zu bestimmen. So werden ausschließlich saisonale und regionale Pflanzen angebaut, bei denen nicht nur die Anbauweise selbst bestimmt wird (häufig ökologisch), sondern bereits die Herkunft des Saatgutes bekannt ist. Dadurch, dass das Gärtnern gemeinschaftlich geschieht, kann es als Basis zur Auseinandersetzung, zum Austausch und zur Diskussion über genau diese Themen dienen (vgl. HASSELHORST 2011, S. 117). Jedoch kann das urbane Gärtnern ganz offensichtlich keine Alternative zur industriellen Landwirtschaft darstellen, da es bisher nur wenige Menschen und diese auch nur teilweise ernähren kann. Dennoch könnten urbane Gärten, würden sie sich weiter verbreiten und vergrößern, einen aktiven und passiven Beitrag zu einer nachhaltigen Zukunft leisten. Aktiv bedeutet in diesem Sinne, dass die Kriterien einer nachhaltigen Ernährung, welche „(...) soziale Gerechtigkeit, de[n] Erhalt der kulturellen Vielfalt und die Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern“ (HERDE 2005, S. 31), sowie den Schutz der natürlichen Ressourcen und die Förderung der Biodiversität berücksichtigt, erfüllt werden. Der passive Beitrag ist der, den die urbanen Gärten heute in Teilen schon leisten, nämlich indem sie Diskussions-, Austauschs- und Informationsforum für sehr unterschiedliche Menschen sind. Auch um eine ökonomische Erleichterung für (mehr) GärtnerInnen zu sein, müssen die meisten Gärten noch wachsen. Dennoch haben bereits viele von ihnen jetzt schon das Potential, ihren NutzerInnen die Möglichkeit der Entspannung und Entschleunigung zu geben, in dem die Gartenarbeit einen Kontrast zum sonstigen städtischen Alltag bildet, der von vielen Menschen als stressig, schnell und fremdbestimmt empfunden wird (vgl. BORGSTEDT, S. 119ff.). Der Garten inmitten einer Stadt kann somit zum Rückzugsort werden, an dem Dinge (wieder) erlernt werden, wie zum Beispiel das Arbeiten und Produzieren mit den eigenen Händen.

Darüber hinaus kann ein urbaner Garten auch das soziale Miteinander einer Nachbarschaft fördern: Durch das gemeinsame Gärtnern können Menschen aufeinandertreffen, die zwar in unmittelbarer Nähe zueinander wohnen, jedoch darüber hinaus nie aktiv in Kontakt miteinander getreten wären. Hierdurch kann ein Gemeinschaftsgefühl entstehen, das nicht nur die Einzelnen stärkt, sondern sich positiv auf die ganze Nachbarschaft auswirken kann. Ein urbaner Garten kann damit Ausgangspunkt der Vernetzung und des Austausches unterschiedlicher Menschen werden (vgl. VON DER HAIDE et al. 2012, S. 270).

7.2 Potentiale des urbanen Gärtnerns als Stadtteilentwicklung von unten

Das urban gardening als eine konkrete Form der Stadtteilentwicklung von unten birgt verschiedene Potentiale in sich und kann zunächst als eine Art des kreativen Protests verstanden werden. Hierbei konzipiert es eine konkrete Idee beziehungsweise eine Art Gegenentwurf zu der sonstigen Stadtteilentwicklung. Findet eine Stadtentwicklung von unten statt, bei der öffentlicher Raum angeeignet und durch die AnwohnerInnen gestaltet wird, im vorliegenden Zusammenhang also in Form eines Gartens, dann kann dies als konkrete Umsetzung von Lefebvres Forderung von Recht auf die Stadt sein.

Speziell handelt es sich beim urbanen Gärtnern zusätzlich noch um ein Konzept, das Gemeinwohl orientiert ist und bei dem das Soziale häufig im Vordergrund steht. Die Förderung und Vernetzung einer Nachbarschaft kann also durch InitiatorInnen aus der Nachbarschaft angetrieben werden und in Form eines Gartens auch bestehen. An dieser Stelle ist nochmals anzumerken, dass vermutlich eines der wichtigsten Potentiale einer Stadtentwicklung von unten das Wissen und die Ideen derjenigen Menschen ist, die sich vor Ort befinden, also AnwohnerInnen sind.

Darüber hinaus kann ein urbaner Garten auch als eine Art der Verschönerung des öffentlichen Raumes betrachtet werden, da er durch seine grüne Gestalt Abwechslung und Bereicherung in einen Stadtraum bringen kann, der ansonsten häufig durch eng aneinander stehende Gebäude und versiegelte Flächen charakterisiert wird. Dies kann besonders eine Rolle spielen, wenn sich die Gärten auf Flächen befinden, die zuvor Brach lagen. Dennoch können sich auch hier Konflikte verbergen, da Ästhetik (hier gemeint als etwas, was als schön empfunden wird) der subjektiven Wahrnehmung eines Menschen unterliegt und somit ein Garten nicht für alle einen ansprechenden Charakter hat.

8 Methodisches Vorgehen

Um mich der Forschungsfrage weiter anzunähern, habe ich mich für eine explorative und qualitative Erhebung entschieden. Die für diese Arbeit am besten geeignetste qualitative Methode ist das leitfadengestützte Experteninterview, da über den Experten als Repräsentant einer Akteursgruppe komplexe Sachverhalte erläutert werden und Nachfragen flexibel gestellt werden konnten. Darüber hinaus bieten Experteninterviews die Möglichkeit, dass der Interviewer auf Sachverhalte hingewiesen werden kann, die eventuell außer Acht gelassen wurden (vgl. VALENTINE 1997, S.111). Ergänzend zu den Experteninterviews habe ich zwei öffentliche Veranstaltungen besucht: Zum einen die Karoviertel-Konferenz am 16.09.2012 bei der sich unter dem Thema *„Seit über zwei Jahren fordert die Initiative Unser!Areal eine ernsthafte Bürgerbeteiligung. Wie kann dieser Forderung Nachdruck verliehen werden?“* die Keimzelle und das GrünAreal Interessierten vorstellten. Zum anderen die Auftaktveranstaltung *„Zwischennutzung Rindermarkthalle – stadtteilbezogene Nutzungen“* am 24.09.2012, initiiert durch das Fachamt für Stadt- und Landschaftsplanung Hamburg-Mitte, bei der Interessierte über den aktuellen Stand der Planung und der Bauarbeiten in der Alten Rindermarkthalle und auf dem Areal informiert wurden¹².

8.1 Das leitfadengestützte Experteninterview

Da unterschiedliche Definitionen und Bezeichnungen für qualitative Interviewformen existieren, werde ich im Folgenden auf die von mir gewählte Methode und ihre Charakteristika eingehen.

Für die Methode des leitfadengestützten Experteninterviews habe ich mich entschieden, da mein Vorgehen explorativ und problemorientiert ist und bei der vorliegenden Fragestellung nicht die Masse an Informationen entscheidend ist. Vielmehr sind die subjektive Einschätzung von Repräsentanten verschiedener Akteursgruppen bezüglich der untersuchten Sachverhalte, sowie die Möglichkeit bei den Gesprächen in die Tiefe zu gehen relevant. Darüber hinaus können über diese Art von Interviews neue, bisher nicht berücksichtigte oder unbekannte Sachverhalte identifiziert werden. Die face-to-face-Situation bietet zudem die Möglichkeit der direkten Nachfrage bei Unklarheiten (vgl. VALENTINE 1997, S.111). Das leitfadengestützte Experteninterview bietet somit die am besten geeignetste Methode für diese Forschungsfrage. Als Experten bezeichne ich in diesem Zusammenhang

¹² Eine Video-Aufnahme der Veranstaltung kann unter folgendem Link angeschaut werden: http://www.youtube.com/watch?v=aXZTDGeMk_M (Zugriff am: 16.10.2012).

Personen, „(...) die professionell mit dem Thema zu tun haben (...)“ (MEIER KRUKER, RAUH 2005, S. 63) und aus diesem Grund Zugang zu und/oder Kontrolle über bestimmte Informationen haben. Zu den Experten gehören aber nicht nur Personen, die sich beruflich mit dem Thema befassen, sondern auch jene, die durch die tiefgehende Auseinandersetzung mit dem Thema in Initiativen als professionell bezeichnet werden können. Stellvertretend für die Keimzelle habe ich Harald Lemke interviewt. Er ist Mitinitiator des GrünAreal und aktiver Gärtner und Mitwirkender der Keimzelle. Zudem setzt er sich als studierter Philosoph und Historiker auch beruflich mit Themen auseinander, die dieser Arbeit verwandt sind, wie beispielsweise der Gastrosophie. Um über die aktuellen Entwicklungen bezüglich der Alten Rindermarkthalle und das umgebende Areal informiert zu werden und um einen Einblick in die Planungsprozesse und Konzeptionierungen zu erhalten, habe ich Torsten Hönisch von der Maßmann & Co. Handelsimmobilien GmbH interviewt. Maßmann & Co. wurde von der EDEKA Handelsgesellschaft Nord GmbH, dem Generalvermieter der Alten Rindermarkthalle, dazu beauftragt, ein Nutzungskonzept für die Halle und das Areal zu entwickeln. Zudem habe ich ein Interview mit Dirk Sielmann geführt. Er ist Vorsitzender der Bezirksversammlung in Hamburg Mitte, Mitglied der SPD Fraktion und als Wahlkreisabgeordneter in St. Pauli gewählt. Darüber hinaus ist Dirk Sielmann Vorsitzender des Landesbundes der Gartenfreunde in Hamburg e.V. und setzt sich für den Erhalt von Kleingärten in Hamburg ein. Er eignete sich somit aufgrund der räumlichen Zuständigkeit für den Stadtteil St. Pauli, der politischen Aktivitäten und wegen des gärtnerischen Interesses als Interviewpartner.

Da also sehr verschiedene Experten befragt wurden, habe ich mich für teilstandardisierte Interviews entschieden. Hierdurch besteht die Möglichkeit unterschiedlichen ExpertInnen spezifische Fragen zu stellen und trotzdem noch eine gewisse Vergleichbarkeit der einzelnen Interviews zu erhalten. Für die einzelnen Interviews habe ich im Voraus Gesprächsleitfäden erstellt, die eine Orientierung für den jeweiligen Gesprächsablauf geben. Außerdem beinhalten sie die Kernfragen, die in dem Interview gestellt werden sollen. Darüber hinaus habe ich für jedes Interview eine Matrix erstellt, die sich in Haupt- und Nebenfragen gliedert. Die Hauptfragen sind die bereits erwähnten Kernfragen, die in dem Interview gestellt werden müssen, während die Nebenfragen lediglich dann gestellt werden, wenn mit einer Hauptfrage noch nicht alle erwarteten Themenbereiche beantwortet wurden. Als Orientierung hierfür dient wiederum die dritte Spalte der Matrix, in der ich zuvor festgehalten habe, welches Erkenntnisinteresse hinter der jeweiligen Frage steht. Die Fragen sind alle offen formuliert, um dem Experten/der Expertin die Möglichkeit zu

geben, ausführlich und erzählend zu antworten. Trotz des Leitfadens bietet diese Interviewform die Option, Nach- und Verständnisfragen zu stellen. Durch diese relativ offene Struktur des Interviews können auch Fragen hinsichtlich neuer Themen, die während des Interviews entstehen, gestellt werden.

Die Interviews wurden aufgenommen und im Nachhinein noch mal hinsichtlich der wesentlichen Informationen untersucht. Diese wurden dann transkribiert, um sie nicht nur inhaltlich für diese Arbeit nutzen zu können, sondern auch die Möglichkeit zu haben, wörtliche Zitate aus den Interviews zu übernehmen.

Die Nachteile, die eine qualitative gegenüber einer quantitativen Methode birgt, wie beispielsweise ein zeitlicher und organisatorischer Mehraufwand durch Interviewführung und –aufarbeitung und der Verzicht auf statistisch verwertbare Daten, sind zwar nicht gering und außer Acht zu lassen, jedoch in diesem Fall unvermeidbar.

8.2 Besuch der Karoiviertel-Konferenz und der Auftaktveranstaltung Zwischennutzung Rindermarkthalle – stadtteilbezogene Nutzungen

Neben den leitfadengestützten Experteninterviews habe ich zwei öffentliche Veranstaltungen besucht und bei diesen Protokolle geführt. Dies war zum einen die Karoiviertel-Konferenz am 16.09.2012, initiiert durch die *MieterInnengenosenschaft Karolinenviertel*, bei der neben weiteren Redebeiträgen InitiatorInnen der Wunschproduktion, der Keimzelle und des Grünareals unter dem Thema „Seit über zwei Jahren fordert die Initiative Unser!Areal eine ernsthafte Bürgerbeteiligung. Wie kann dieser Forderung Nachdruck verliehen werden?“ über ihre Initiativen und deren aktuelle Vorhaben informierten. Zum anderen besuchte ich die Auftaktveranstaltung Zwischennutzung Rindermarkthalle – stadtteilbezogene Nutzungen am 24.09.2012, bei der Interessierte über den aktuellen Stand der Planung und Bauarbeiten in der Alten Rindermarkthalle und auf dem Areal informiert wurden. Diese Besuche sind im Ansatz einer teilnehmenden Beobachtung ähnlich, beschränken sich jedoch lediglich auf das Protokollieren und beinhalten keine aktive Teilhabe (vgl. COOK 1997, S. 146f.). Diese Informationen dienten mir vor allem als Vorbereitung auf die Experteninterviews. Somit konnte einerseits festgestellt, wer in diesem Fall als Experte bezeichnet werden kann und andererseits eine erste Einschätzung stattfinden, welche Position der Experten in dem Planungsprozess einnehmen. Zudem dienten die Besuche als Einblick in die Stadtteilarbeit aus zwei verschiedenen Perspektiven: eigenorganisiert durch AnwohnerInnen (Stadtteilkonferenz) und initiiert durch das Bezirksamt Hamburg-Mitte (Auftaktveranstaltung zur Zwischennutzung der Alten Rindermarkthalle).

9 Die Fallstudie

Nachdem die allgemeinen und theoretischen Grundlagen in den vorhergehenden Kapiteln dargestellt und erläutert wurden, wird im folgenden Kapitel nun explizit auf die Fallstudie dieser Arbeit eingegangen. Dabei wird zunächst das Areal der Alten Rindermarkthalle und dann explizit der Garten „Keimzelle“ im Hamburger Karolinenviertel vorgestellt und dann hinsichtlich der Forschungsfrage untersucht.

9.1 Das Areal und die Alte Rindermarkthalle

Die Alte Rindermarkthalle befindet sich im Norden des Hamburger Stadtviertels St. Pauli, eingerahmt von dem Neuen Kamp im Norden, der Budapester Straße im Westen, dem Wirtschaftsgymnasium St. Pauli und dem Millerntor Stadium im Süden beziehungsweise Südosten, sowie dem Recyclinghof und dem U-Bahnhof Feldstraße im Osten. Das gesamte Grundstück hat eine Fläche von etwa 34.000 m² (rot schraffierter Bereich auf Abb. 5), die Alte Rindermarkthalle nimmt davon etwas mehr als 40% ein.

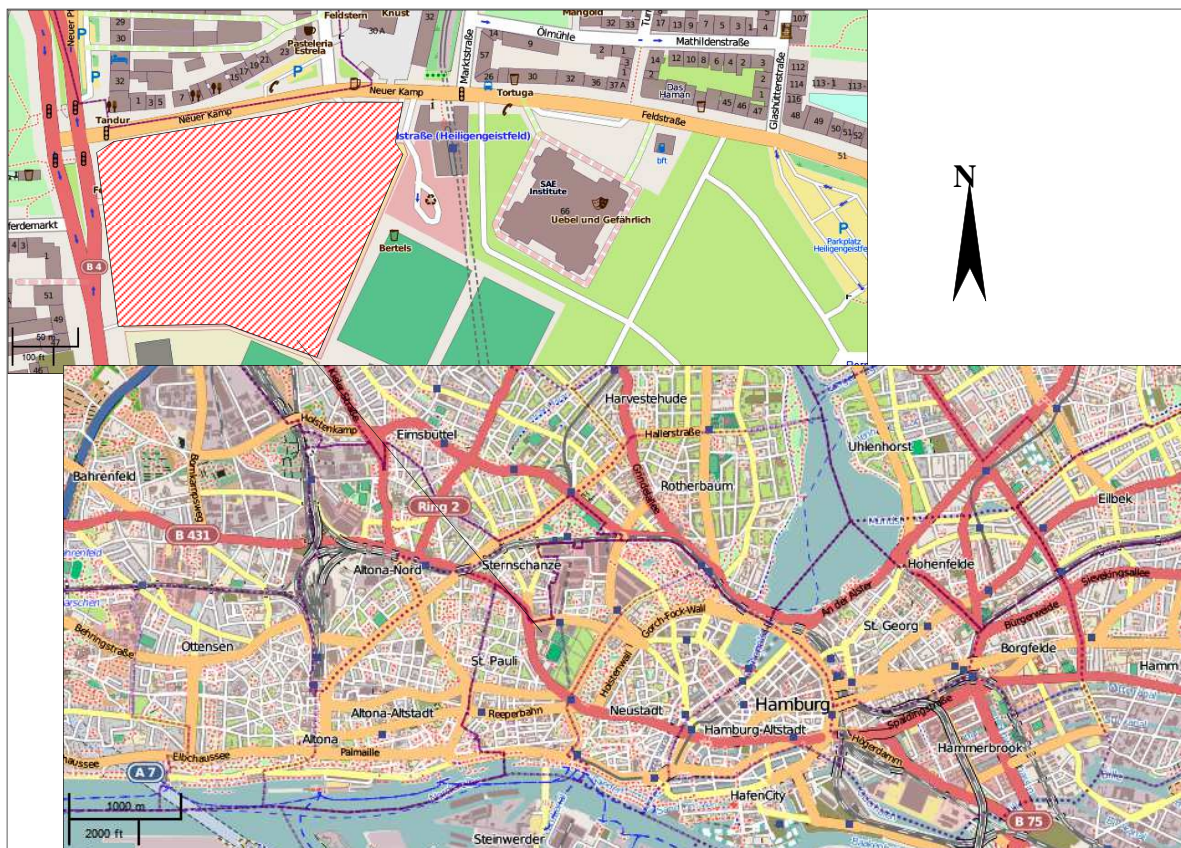


Abb. 5: Verortung der Alten Rindermarkthalle in St. Pauli und im Hamburger Stadtgebiet

Der Name der Halle stammt von ihrer ursprünglichen Nutzung: Bereits Ende des 19. Jahrhunderts wurden darin Rinder gehalten und vermarktet. Nach dem sie im Zweiten

Weltkrieg zerstört wurde, baute man sie mit den erhaltenen Grundmauern des früheren Gebäudes in den 1950er Jahren wieder auf. Als Anfang der 1970er Jahre die Tierhaltung eingestellt wurde, nutzten Supermärkte das Gebäude, zuletzt ein Real-Markt, der im Mai 2010 geschlossen wurde (vgl. BEZIRK HAMBURG-MITTE 2010, S. 9ff.). Das Grundstück wird heute von der Sprinkenhof AG, einer städtischen Immobiliengesellschaft, verwaltet. In dem Obergeschoss des Gebäudes befinden sich außerdem noch eine Moschee, Arztpraxen, verschiedene Agenturen, eine Parkplatzebene, sowie auf dem Grundstück eine Tankstelle und ein Restaurant.

Das Gebäude ist als *erkanntes Denkmal* in das Verzeichnis des Hamburgischen Denkmalschutzgesetzes aufgenommen. Erkannte Denkmäler sind Objekte, die formell noch nicht unter Denkmalschutz stehen, aber durch „öffentliche[s] Interesse an der Erhaltung durch die geschichtliche, wissenschaftliche oder künstlerische Bedeutung (...) bzw. durch seinen Beitrag zur Bewahrung eines charakteristischen Stadtbildes“ (DENKMALSCHUTZAMT HAMBURG 2012) erhalten werden sollen. Die Alte Rindermarkthalle ist aufgrund ihrer in Hamburg einzigartigen Konstruktion und ihrer Geschichte ein erkanntes Denkmal der Stadt Hamburg.

Nachdem im Jahr 2010 feststand, dass der Real-Markt aus der Alten Rindermarkthalle ausziehen werde, veröffentlichte der Bezirk Hamburg-Mitte im April 2010 eine Machbarkeitsstudie (BEZIRK HAMBURG-MITTE 2010). In dieser wurden das Planungsgebiet, die Planungsvorgaben und eine Verfahrensgrundlage vorgestellt und darauf basierend Entwürfe für die Überplanung des Areals eingeholt. Die Planungsgrundlage hierbei war zunächst die Realisierung einer Musikhalle, sowie eine zusätzliche Mischnutzung von Nahversorgungs- und gemeinnützigen Einrichtungen, Büroflächen und Gastronomie in der Alten Rindermarkthalle. Die Bebauungsstruktur kann laut Planungsvorhaben in Höhe und Breite ausgedehnt werden. Für die Freiflächen des Grundstückes sollen Gestaltungs- und Begrünungskonzepte entwickelt werden. Besonders hervorgehoben wurde in der Studie, dass die zukünftige Nutzung des Areals quaterverträglich sein solle und dass „(...) nicht nur nach finanziellen Verwertungsgesichtspunkten (...)“ (BEZIRK HAMBURG-MITTE 2010, S.26) gehandelt werden solle. Doch noch bevor ein Planungsentwurf endgültig favorisiert wurde, verlor die Idee der Musikhalle an Bedeutung, da vor allem seitens der AnwohnerInnen dagegen protestiert wurde: Sie äußerten im Wesentlichen Bedenken hinsichtlich einer zusätzlichen Lärmbelastung und einer fortschreitenden Kommerzialisierung des Stadtteils und reagierten mit einer *Wunschproduktion*, um die Wünsche und Vorstellungen der

AnwohnerInnen zu der Neugestaltung der Alten Rindermarkthalle festzustellen (vgl. KAISER 2010, SCHRÖDER 2011, DIE WUNSCHPRODUKTION FÜRS AREAL 2010).

Als Vorbild für die Wunschproduktion und das Vorgehen fungierten die Erfahrungen des Park Fiction. Die Wunschproduktion, um die es sich bei der Alten Rindermarkthalle handelt, begann bei einem öffentlichen Planungstreffen zur Zukunft des Areals, bei dem AnwohnerInnen ihre Wünsche und Vorstellungen hierzu auf mitgebrachte Plakate schrieben (vgl. ebd.). Um noch mehr Menschen im näheren Umkreis der Alten Rindermarkthalle zu erreichen, schlossen sich AnwohnerInnen zu der offenen Planungsgruppe „Unser Areal – eine Wunschproduktion“ zusammen und verteilten im Dezember 2010 etwa 10.000 Fragebögen an die umliegenden Haushalte (die Haushalte befanden sich alle im näheren Umkreis des Geländes), stellten sie online zur Verfügung und legten zusätzlich Fragebögen in Restaurants und Bars aus. Über den Fragebogen sollten Ideen und Wünsche von AnwohnerInnen zur Gestaltung und Nutzung der Alten Rindermarkthallen und des Areals gesammelt werden.

Die Fragen bezogen sich dabei nicht nur auf die persönliche Verbindung zu dem Areal und die eigenen Gestaltungs- und Nutzungswünsche, sondern auch darauf, was der Stadtteil und die Menschen im Stadtteil benötigen¹³. Insgesamt gab es einen Rücklauf von etwa 600 ausgefüllten Fragebögen, was eine Rücklaufquote von etwa 5-6% ergibt (vgl. UNSER AREAL – EINE WUNSCHPRODUKTION 2010). Die Antworten wurden nicht ausgezählt, sondern qualitativ ausgewertet. Zudem sind alle ausgefüllten Fragebögen im Internet einzusehen. Besonders zwei Fragen „*Was wünschst Du Dir für das Areal (Gebäude und Areal) der Alten Rindermarkthalle?*“ und „*Über das Areal hinaus gedacht: Was brauchen die Menschen im Stadtteil am dringendsten?*“ wurden sehr ähnlich beantwortet: Neben sozialem und günstigem Wohnbau und Einkaufsmöglichkeiten, wurde vor allem der Wunsch nach und der Bedarf an Räumen für soziale und kulturelle Einrichtungen, sowie öffentliche Räume, Frei- und Grünflächen geäußert. An dieser Stelle wurden bereits urbane Gärten konkret als Wunsch formuliert (vgl. UNSER AREAL – EINE WUNSCHPRODUKTION 2011b).

Im folgenden Jahr, 2011, schufen AnwohnerInnen einen Treff- und Austauschpunkt auf dem Areal der Alten Rindermarkthalle, der aus fünf *Planungswürfeln* des Hamburger Künstlers Till F. E. Haupt besteht. Die Würfel sind aus Holz und haben eine Größe von 2m x 2 m x 2 m. Sie sind begehbar und im Inneren befinden sich Sitzgelegenheiten und Materialien um Ideen festzuhalten. Auch die Außenwände der Würfel bieten Platz um Kommentare, Wandzeitungen und Informationen zu hinterlassen. In den folgenden Monaten fanden

¹³ Der gesamte Fragebogen befindet sich im Anhang auf Seite ii.

verschiedene Veranstaltungen in Verbindung mit den Würfeln statt, um die AnwohnerInnen noch stärker in den Konzeptionsprozess einzubeziehen.



Abb. 6: Planungswürfel-Pavillon auf dem Areal der Alten Rindermarkthalle

Das Aufstellen der Würfel war zwar nicht legal, wurde aber so lange geduldet, bis ein Bauzaun im Juni 2012 um das Areal herum aufgestellt wurde.

Die InitiatorInnen wollten mittels der Würfel mehr Transparenz im Planungsprozess schaffen. Gleichzeitig war es auch eine Reaktion darauf, dass die AnwohnerInnen sich von Seiten der Stadt und des Bezirks nicht (genügend) beziehungsweise erst zu spät in die Planung und Entwicklung des Areals einbezogen fühlten. Darüber hinaus sollte der Ort durch die Anwesenheit der Planungswürfel markiert werden, im Sinne einer aktiven Aneignung von öffentlichem Raum (vgl. Karoviertel Konferenz 16.09.2012). Die Wunschproduktion (Fragebögen und Würfel) ist somit ein Versuch des Mitwirkens in der Stadtteilentwicklung, also *eine Stadtteilentwicklung von unten*.

Um einen der wesentlichen Wünsche, der sich durch den Planungsprozess herausgestellt hat, umzusetzen, schloss sich im Jahr 2011 die Initiative *GrünAreal* zusammen mit dem Ziel auf einem Teil des Areals der Alten Rindermarkthalle einen großen Gemeinschaftsgarten zu entwickeln. Nicht nur, weil das Areal der Alten Rindermarkthalle leer und unbenutzt war und sich deswegen als Aktionsraum anbot, sondern auch mit dem bewussten Vorhaben der Wiederaneignung und Nutzung des öffentlichen Raumes sollte dort eine großer, offener Garten entstehen. Obwohl mehrere Gespräche mit verschiedenen Ämtern des Bezirks Mitte und der Sprinkenhof AG geführt wurden, um eine Erlaubnis für die (eventuell auch nur Zwischen-) Nutzung des Areals zu erhalten, konnte der Garten jedoch nicht realisiert werden. Unter anderem seien hierfür Sanierungsarbeiten auf dem Areal ab Spätsommer 2012 verantwortlich gemacht worden (vgl. Interview mit H. Lemke, 30.09.2012). Um den Garten dennoch zu realisieren, entsteht zunächst die *Keimzelle* am

Ölmühlenplatz, aber immer noch mit dem Ziel, auf das Areal der Alten Rindermarkthalle umzuziehen.

9.2 Die Keimzelle

Die *Keimzelle* ist ein urbaner Garten, der sich seit Mai 2011 auf einem Teil des Ölmühlenplatzes im Hamburger Karolinenviertel, im Stadtteil St. Pauli Nord (Bezirk Hamburg Mitte) befindet. Auf der Abbildung 7 ist auf der oberen Karte die Keimzelle rot-weiß schraffiert eingezeichnet und auf der unteren Karte wird sie im Hamburger Stadtgebiet verortet. Zur Orientierung dienen die Namen der umliegenden Stadtteile, sowie Teile der Elbe und Alster.

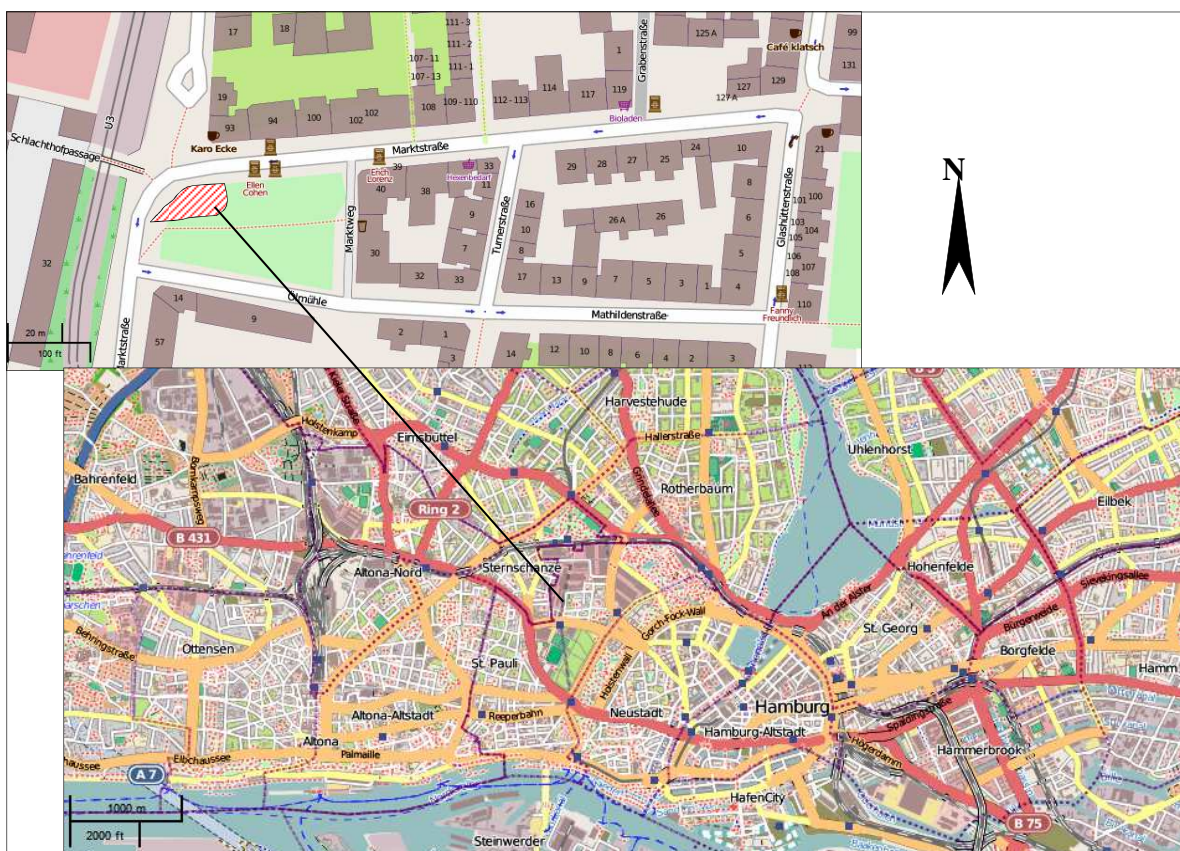


Abb. 7: Verortung der Keimzelle im Karolinenviertel und im Hamburger Stadtgebiet

Die Initiatoren des Gartens beschreiben ihn als einen sozialen Garten. Genauer bedeutet dies laut ihren eigenen Aussagen, „(...) dass alle den Ort gemeinschaftlich nutzen können, sei es zum Gärtnern, als Erholungsort oder als Treffpunkt. Niemand muss Mitglied einer Gruppe oder eines Vereins sein, um an der Keimzelle mitwirken zu können“ (KEIMZELLE 2011). Die Keimzelle ist somit nicht nur ein urbaner Garten, in dem jede/alle mitmachen können, sondern auch ein sozialer Ort der Begegnungen und ein grüner Ort der Erholung. Der aktive Kern der GärtnerInnen besteht momentan aus fünf Personen, die sich teilweise nicht kannten, bevor sie

sich zum Gärtnern zusammenschlossen. Es waren auch schon etwa doppelt so viele Personen aktiv, doch scheint die Beteiligung unter anderem mit dem Wetter, der Jahreszeit oder auch den Ferien zu schwanken. Um (wieder) mehr MitgärtnerInnen zu finden, wurde die Keimzelle im September 2012 umstrukturiert, indem beispielsweise neue Hochbeete errichtet wurden (vgl. Interview mit H. Lemke, 30.09.2012).

Der Name des Gartens hat zwar einen pflanzlichen Bezug, dennoch ist damit vor allem eine programmatische Komponente gemeint: Die Keimzelle soll in stadtteilentwicklerischer Hinsicht der Anfang von etwas größerem, sich virulent ausbreitendem sein. Die InitiatorInnen fassen unter dem Namen die Utopie einer Stadt zusammen, in der ein urbaner Garten nicht mehr die Ausnahme, sondern die Regel ist (vgl. Interview mit H. Lemke, 30.09.2012; vgl. Karoviertel Konferenz 16.09.2012).

Das Erscheinungsbild des Gartens ist sehr divers: In Hochbeeten (Fotos der Hochbeete im Anhang auf den Seiten iii und iv), Reissäcken und Plastiktüten werden Obst, Gemüse und Blumen angebaut. Außerdem gibt es verschiedene Sitzgelegenheiten in und neben dem Garten, sowie eine offene Bibliothek.



Abb. 8: „Die Keimzelle – Soziale Gärten für alle“

Die Keimzelle verfügt also nur über wenige feste Elemente und kann deswegen auch als mobiler Garten bezeichnet werden. Der Ölmühlenplatz, auf dessen Westende sich die Keimzelle befindet, hatte bereits vor der Ansiedlung des Gartens durch mehrere Sitzbänke

und Spielgeräte für Kinder einen einladenden Charakter. Dieser konnte vermutlich durch die Keimzelle noch verstärkt werden, denn es gibt keinerlei Zugangsbeschränkungen (Zäune oder Ähnliches). Das Grün des Gartens hat zudem eine ästhetische Wirkung und besonders die überdachte Sitzgelegenheit am Rande des Gartens, die aus zwei sich gegenüberstehenden Bänken besteht, wird häufig genutzt.

Die rechtliche Grundlage zur Benutzung der Fläche, auf der sich die Keimzelle befindet, ist eine *Grünpatenschaft*. Die Grünpatenschaft ist ein Gemeinschaftsprojekt der Stadt Hamburg, der Handelskammer Hamburg und der Handwerkskammer Hamburg, das im Jahr 2005 begann. Im Rahmen des Projektes können Unternehmen und Privatpersonen die Patenschaft für eine Grünanlage übernehmen. Die Grünanlage kann entweder aus einem Katalog der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt der Stadt Hamburg (BSU) ausgewählt werden oder durch die PatInnen selbst ausgesucht werden. Es gibt eine Reihe von Kriterien auf denen basierend Grünflächen ausgewählt werden können. Die Grundlage für die Keimzelle bilden die folgenden: „Grünflächen, deren Attraktivität über den derzeitigen Pflegestandard hinaus gesteigert werden sollte [und] Grünflächen (...) an/auf Spielplätzen“ (BÜRGERSCHAFT DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG 2006, S. 1). Nach Aussagen der BSU ist der Zweck dieser Patenschaft die Steigerung der Attraktivität der Flächen, sowie eine gesteigerte Identifikation der beteiligten BürgerInnen mit den Grünflächen. Darüber hinaus profitiert die Stadt Hamburg vermutlich auch davon, dass ihnen ein Teil der Unterhaltskosten für Grünflächen abgenommen wird. Die Grünflächen können nach Absprache mit dem zuständigen Bezirksamt nach eigenen Vorstellungen gestaltet werden, so lange Grundbedingungen, wie die Verkehrssicherheit, gewährleistet sind. Außerdem ist die Patenschaft von beiden Seiten innerhalb von 14 Tagen kündbar. Damit bietet sich der Keimzelle nur eine sehr prekäre Rechtsgrundlage. Dies ist aber weniger problematisch als es bei anderen Gärten eventuell der Fall wäre, denn das eigentliche Ziel der Keimzelle war und ist es, auf das Areal der Alten Rindermarkthalle umzuziehen.

Um Unterstützung und Förderung für den Garten von der Stadt zu erhalten, bewarb sich die Initiative bei der Kulturbehörde für das Programm Kunst im öffentlichen Raum. Eine Kunstkommission, bestehend aus 18 Mitgliedern (unter Anderem ArchitektInnen, MitarbeiterInnen der Kulturbehörde und der Stadtentwicklungsbehörde, etc.), beschloss gemäß der Verwaltungsanordnung über „Kunst im öffentlichen Raum“ vom 26.05.1981 (per Email von der Kulturbehörde Hamburg erhalten, ohne Quellenangabe), dass das GrünAreal förderungswürdig ist. Die Kunstwerke im öffentlichen Raum sollen „(...) die Verbesserung der städtischen Umwelt, die Ausprägung der urbanen Identität Hamburgs und die Eigenart

seiner Stadtteile“ (vgl. Verwaltungsanordnung über „Kunst im öffentlichen Raum“ 1981) fördern. Das GrünAreal sei dabei eine Art „soziale Skulptur“ (vgl. telefonische Mitteilung der Kulturbehörde am 27.09.2012). Obwohl der Garten bisher nur als Keimzelle und nicht als GrünAreal realisiert wurde, erhält die Initiative trotzdem Fördergelder, jedoch weniger als eigentlich für einen großen Garten geplant waren. Zusätzlich wird die Keimzelle in diesem Jahr mit Geldern aus dem Verfügungsfond des Sanierungsgebietes Karolinenviertel unterstützt, mit dem beispielsweise Werkzeuge und ein Wassertank angeschafft wurden. Dennoch ist festzuhalten, dass der Garten mit eigenen Ressourcen der InitiatorInnen entwickelt wurde und zunächst keine zusätzliche finanzielle Unterstützung erhielt (vgl. Interview mit H. Lemke, 30.09.2012).

Die Keimzelle, die sich als konkrete Umsetzung eines zentralen Wunsches der Wunschproduktion sieht, umfasst jedoch noch mehr als die pure Lust am Gärtnern. Bei der Entwicklung der Keimzelle waren zwei Thematiken besonders wichtig: Ernährungssouveränität und Stadtgestaltung. Lemke bezeichnet die Zukunft der Ernährungspolitik als eine „(...) hoch brisante gesellschaftliche Frage (...)“ (Interview mit H. Lemke, 30.09.2012), in deren Zusammenhang es seiner Meinung nach einer Auseinandersetzung mit beispielsweise der Sicherung der Ernährung global, aber auch lokal, im Sinne einer Relokalisierung der Nahrungsmittelproduktion bedarf. Eine weitere Motivation der GärtnerInnen, die sich in der Keimzelle wiederfindet, ist die Forderung die Stadt selbst (mit) zu gestalten. Hiermit einhergehend eignen sich die GärtnerInnen also nach der Definition von CHOMBART DE LAUWE öffentlichen Raum an, indem sie Gebrauch von LEFEBVRES Recht auf Stadt machen und den Raum, hier in Form des Gartens, produzieren und reproduzieren (vgl. CHOMBART DE LAUWE 1977, S. 6 zitiert nach TESSIN 2011, S. 165; GEBHARDT, HOLM 2011, S. 7ff.). Die Keimzelle ist somit als Kunst im öffentlichen Raum eine Art Intervention in die sonstige Stadtgestaltung, die häufig eher einer top-down als einer bottom-up-Logik folgt.

Im Folgenden werde ich nun auf die aktuellen Entwicklungen der Keimzelle eingehen, um den *Stand der Dinge* festzustellen.

9.3 Aktuelle Entwicklungen

Die Keimzelle versteht sich weiterhin als ein *Planungsgarten* und die GärtnerInnen halten nach wie vor an dem Vorhaben fest, auf das Gelände der Alten Rindermarkthalle umzusiedeln, sobald die dort momentan stattfindenden Baumaßnahmen abgeschlossen sind. Am 24.09.2012 wurde auf einer öffentlichen Veranstaltung, zu der das Fachamt Stadt- und

Landschaftsplanung des Bezirksamts Hamburg-Mitte einlud, das Nutzungskonzept für das Areal der Alten Rindermarkthalle vorgestellt. Neben dem bereits teilweise festen Konzept für die Innennutzung des Gebäudes, präsentierten die Projektentwickler Maßmann & Co. für die Außennutzung nur Ideen und Möglichkeiten. Besonders interessant ist, dass nicht nur die Begriffe *Grün* und *Grünflächen* als Möglichkeiten benannt wurden, sondern, dass sich die Projektentwickler explizit auf die Ergebnisse der Wunschproduktion bezogen (vgl. Auftaktveranstaltung „Zwischennutzung Rindermarkthalle – stadtteilbezogene Nutzung“ 24.09.2012; MAßMANN & CO. 2012). Die Projektentwickler Maßmann & Co. sind nun seit August 2012 von der EDEKA Handelsgesellschaft Nord GmbH, die über die Generalmietung des Areals der Alten Rindermarkthalle verfügt, beauftragt ein Konzept über die Nutzung zu entwickeln, das letztlich aber durch EDEKA bestimmt wird. Im Zuge dieser Projektentwicklung fand die bereits erwähnte Auftaktveranstaltung statt, in der BürgerInnen über den Stand der Planung informiert wurden. Darauf aufbauend luden die Projektentwickler Maßmann & Co. interessierte AnwohnerInnen zu einem offenen Planungsworkshop ein, der am 06.10.2012 stattfand. In diesem Workshop sollten nochmals der aktuelle Stand der Dinge, sowie die Ideen, die die AnwohnerInnen für das Areal der Alten Rindermarkthalle entwickelt haben, diskutiert werden. Der Workshop, an dem etwa 25 AnwohnerInnen teilnahmen, diente nicht nur der Transparentmachung des Planungsprozesses, sondern sollte auch die Projektentwickler von Maßmann & Co. darüber informieren, welche Ideen und Herausforderung die AnwohnerInnen hier sehen. Zudem soll es im weiteren Verlauf der Planung noch mehr Beteiligungsformate geben, um den Aushandlungs- beziehungsweise Diskussionsprozess mit der Öffentlichkeit aufrecht zu erhalten (vgl. Interview mit T. Hönisch, 08.10.2012).

Die Bedeutung der aktuellen Entwicklungen und die Ergebnisse der Experteninterviews werden im nachfolgenden Kapitel 10 analysiert und zusammengefasst.

10 Auswertung der Interviews und Diskussion

In dem folgenden Kapitel wird zunächst diskutiert, warum bisher kein Garten auf dem Areal der Alten Rindermarkthalle realisiert werden konnte. In einem zweiten Schritt werden die Ergebnisse abstrahiert und nochmals bezüglich der Stadtteilentwicklung von unten untersucht. Dieses induktive Vorgehen dient dazu, in einem abschließenden Schritt die Forschungsfrage zu beantworten.

Obwohl die Initiative GrünAreal seit etwa anderthalb Jahren versucht, auf dem Areal der Alten Rindermarkthalle einen Gemeinschaftsgarten zu realisieren und dafür sogar Unterstützung von der Kulturbehörde im Rahmen des Programmes Kunst im öffentlichen Raum bekommt, konnte dies bisher nicht umgesetzt werden. Laut Einschätzung von Dirk Sielmann, Vorsitzender der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte, konnte der Garten auf dem Areal bisher nicht realisiert werden, weil die Alte Rindermarkthalle vollständig saniert werden muss. Für diese Arbeiten, die weitestgehend in und an der Halle stattfinden werden, werden nicht nur Zu- und Abfahrtswege benötigt, sondern auch Stellflächen für die Baustelleneinrichtung (vgl. Interview mit D. Sielmann, 04.10.2012). Da die Bauarbeiten aber erst im Sommer beziehungsweise im Spätsommer 2012 begonnen haben, stellt sich die Frage, warum nicht schon vorher auf der ungenutzten Fläche gegärtnert werden konnte, zumal die umfangreicheren Bauarbeiten erst etwa zeitgleich mit dem Ende der diesjährigen Vegetationsperiode begonnen haben. Es muss also noch weitere beziehungsweise andere Gründe geben, weshalb die Realisierung bisher gescheitert ist. Harald Lemke, Mitinitiator des GrünAreals und der Keimzelle, hat mehrere Gespräche mit der Sprinkenhof AG, die die Fläche verwaltet, geführt und ist dabei zu dem Schluss gekommen, dass sie der Idee des Gartens zwar nicht abgeneigt sei, aber sich dennoch nicht auf eine kurzfristige Zwischennutzung hätten einlassen wollen: „Die glauben: Da sind so Chaoten, die werden wir dann nicht mehr los - das muss der Grund sein“ (Interview mit H. Lemke, 30.09.2012). Gleichzeitig beschreibt er den Ablauf des Prozesses jedoch auch als „(...) unglücklich gelaufen“ (ebd.) und meint damit, dass die Kontaktaufnahme mit der Sprinkenhof AG aus deren Sicht möglicherweise zu spät stattfand. Da die Sprinkenhof AG jedoch nur Verwalterin des Areals ist, ist sie ohnehin nicht die richtige Ansprechpartnerin für die öffentlichen Anliegen, wie jene des GrünAreals. Hieraus ergibt sich jedoch die Frage, wer eigentlich der/die richtige AnsprechpartnerIn für die Öffentlichkeit ist. An dieser Stelle zeigt sich ein Konflikt, der nicht nur diesem, sondern auch vielen anderen städtischen Prozessen inne ist, nämlich die Frage der Zuständigkeit bei privatisierten Planungen. Dadurch, dass Städte

beispielsweise aufgrund mangelnder finanzieller Mittel, mehr und mehr ihre Planungshoheit an private Unternehmen abgeben, steigt das Risiko, dass Planungsprozesse, vor allem für die Öffentlichkeit, undurchsichtig werden. So können beispielsweise Zuständigkeiten unklar werden und vor allem steigt dann die Ungewissheit der BürgerInnen, an wen sich bei Fragen und Anliegen zu wenden wäre.

Um den Planungsprozess der Alten Rindermarkthalle zu koordinieren, wurde durch die Generalmieterin EDEKA Handelsgesellschaft Nord GmbH zum ersten August die Maßmann & Co. Handelsimmobilien GmbH mit der Projektentwicklung beauftragt. Maßmann & Co. sieht sich selbst als eine Art Schnittstelle zwischen den verschiedenen beteiligten beziehungsweise betroffenen AkteurInnen und will durch diese Rolle die Kommunikation zwischen den Beteiligten fördern und den Planungsprozess transparenter machen: „Der Prozess vorher ist aus verschiedenen Gründen gescheitert. Der wesentliche Grund meines Erachtens ist, dass es so eine Schnittstellenfunktion in der Projektentwicklung, wie wir sie jetzt ausüben, zwischen den verschiedenen Akteuren auf der städtischen Seite und Edeka als private Instanz, sowie der Öffentlichkeit bisher nicht gab. Und dadurch hat auch keiner den Prozess so richtig koordiniert und es sind dann immer mal Gesprächsfäden gewesen, mal mit EDEKA direkt, mal mit dem Bezirk, mal mit der STEG, mal mit der Sprinkenhof“ (Interview mit T. Hönisch, 08.10.2012). So scheint zunächst das größte Problem bei der Realisierung des Gemeinschaftsgartens die undurchsichtige und komplexe Planungsstruktur, sowie insgesamt ein eher intransparentes Planungsvorgehen gewesen zu sein. Die beauftragten Projektentwickler nehmen jetzt zwar eine Vermittlerrolle zwischen privater Planungsinstanz und der BürgerInnen ein, letztlich liegt die Entscheidungshoheit aber immer noch bei dem Generalmieter, also bei EDEKA.

Dennoch scheint sich nun die Realisierung des Gartens nach Abschluss der Bauphase auf dem Gelände zu konkretisieren. Zum einen sind die Keimzelle und das Vorhaben des GrünAreals durch umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit (mehrere Gespräche mit politischen Institutionen und Personen, Präsenz auf Hamburger Straßenfesten wie dem Schanzenfest oder dem Schilleroper-Fest und verschiedene mediale Präsenz) einem breiten Publikum bekannt gemacht worden und haben mehr und mehr Zuspruch von AnwohnerInnen, aber auch von politischer Seite erhalten (vgl. Interview mit H. Lemke, 30.09.2012). Andererseits bestätigte auch Hönisch, dass EDEKA von den Plänen des GrünAreals wusste und dem positiv gegenüber stehen würde: „Wir haben den Konflikt gar nicht mal mehr so sehr auf der Ebene des *ob*, sondern eigentlich sind wir jetzt bei dem *wie* kann es gehen“ (Interview mit T. Hönisch, 08.10.2012).

Um den Planungsprozess noch weiter aufzuschlüsseln, wird nun eingehender auf die Thematik der Stadtteilentwicklung von unten eingegangen. Dies geschieht insbesondere unter der Berücksichtigung der drei Experteninterviews, da durch diese unterschiedliche und teilweise sehr konträre Perspektiven hergeleitet werden können.

Eine, in diesem Zusammenhang wichtige, gesellschaftspolitische Entwicklung die von verschiedenen Seiten seit einigen Jahren beobachtet und konstatiert wird, ist die der „(...) gesellschaftlichen Umbruchsituation, in der sich traditionelle soziale Strukturen und Solidaritätsbeziehungen auflösen und die Lebenswelt vieler Menschen (...) Veränderungen erfährt“ (WEGWEISER BÜRGERGESELLSCHAFT o.J.). Innerhalb dieses „(...) Transitstadium[s] (...)“ (MÜLLER 2012a, S. 51) passen die sich verändernde Gesellschaft und die aber weiterhin politisch stabilen Strukturen nicht mehr problemlos zusammen. An die Demokratie und insbesondere an die lokale Demokratie werden somit neue Herausforderungen gestellt. Eine wichtige Beobachtung ist, dass immer mehr Menschen an lokalen Planungs- und Entwicklungsprozessen beteiligt sein und partizipieren wollen, was sich beispielsweise an der zunehmenden Zahl von BürgerInneninitiativen zeigt. Dass die Forderung nach Teilhabe aber sehr unterschiedlich interpretiert werden kann, hat sich in den Experteninterviews verdeutlicht. Lemke äußerte die Beobachtung, dass sich die politische Machthierarchie immer mehr aufzulösen scheint und sich die heutige Gesellschaft mehr und mehr in Richtung einer Polis-Gesellschaft bewege (vgl. Interview mit H. Lemke, 30.09.2012). Polis bezeichnet einen Stadtstaat im antiken Griechenland und bildet den Ursprungsort der Demokratie (vgl. BPB 2011). Somit meint Lemke, wenn er von einer Polis-Gesellschaft spricht, simplifiziert, dass Teilhabe und Partizipation zunehmend von den BürgerInnen eingefordert werden. In diesem Sinne ist für ihn eine Stadtteilentwicklung von unten auch die logische Konsequenz dieses Trends, da die BürgerInnenbeteiligung, wie sie momentan in Hamburg praktiziert wird, nicht zufriedenstellend sei. Laut Lemke ist ein Beteiligungsverfahren keines, so lange die BürgerInnen nicht nur Ideen in Planungsprozesse einbringen, sondern auch Entscheidungen fällen dürfen. Er hebt zudem hervor, dass diejenigen, die sich vor Ort befinden, einen wichtigen Beitrag zur Stadtplanung leisten könnten: „Das sind ja jetzt hier keine Wutbürger und Protestler und Krawallleute, die sich da zu Wort melden, wenn es um Stadtentwicklung von unten geht. Sondern, das sind Menschen, die sind sowieso meist gut gebildet und sind die Experten von vor Ort. Die wissen durchaus wo die Probleme, aber wo auch die Möglichkeiten sind. (...) Die Stadtplaner sollten das auch mal zur Kenntnis nehmen“ (Interview mit H. Lemke, 30.09.2012). Konkrete Alternativen kann Lemke zwar nicht benennen, dennoch konstatiert er, dass Stadtentwicklung ein ohnehin nicht planbarer Prozess ist, der hinsichtlich

seiner Gestaltung mehr Flexibilität und Zeit erfordert, um ein zufriedenstellendes Ergebnis zu erzielen. Auch Sielmann erwähnt die Beobachtung, dass BürgerInnen vermehrt Interesse an städtischen Prozessen hätten. Er bezeichnet hingegen die Stadtplanung von unten als eine Art Wunsch, den die BürgerInnen hätten. Dieser Wunsch kann jedoch unterschiedlicher Art sein: „Das heißt für den sehr Aktiven auch mitentscheiden zu wollen (...). Für Andere heißt es, gut informiert zu werden und für wiederum andere heißt es, dass sie zumindest informiert werden und vielleicht auch mal gefragt werden, ob sie das gut finden oder nicht“ (Interview mit D. Sielmann, 04.10.2012). Darüber hinaus stellt sich, so Sielmann, die Frage, ob innerhalb des in Deutschland herrschenden Demokratiesystems die Umsetzung von Beteiligungsverfahren, in denen auch BürgerInnen Entscheidungskraft haben, überhaupt möglich sei. Denn innerhalb eines repräsentativen Systems, in dem die gewählten Abgeordneten dazu befähigt werden, Entscheidungen im Auftrag und im Sinne der BürgerInnen zu treffen, erscheint es schwierig diesen zusätzlich direkte Entscheidungsfähigkeit zu geben, zumal auch unter ihnen unterschiedliche Interessen herrschen. Ein zusätzliches Problem ist die Frage, wie gemeinwohlorientiert die Interessen der BürgerInnen sind und wer für wen etwas fordert. Gerade marginalisierte Bevölkerungsgruppen und jene, die sich aufgrund verschiedener Deprivationen nicht artikulieren können, sind hier häufig benachteiligt (vgl. Interview mit D. Sielmann, 04.10.2012; vgl. Interview mit T. Hönisch, 08.10.2012). Für das Verständnis ist wichtig zu wissen, dass die Aussagen von Sielmann auf einem politischen Hintergrund basieren, da er, als aktives Mitglied der SPD Vertreter der repräsentativen Demokratie ist.

Der Konflikt, der sich hieraus ergibt, resultiert aus unterschiedlichen Demokratieverständnissen. Während von den GärtnerInnen der Keimzelle nicht nur ein transparentes Beteiligungsverfahren, in dem Ideen, Wünsche und Anliegen eingebracht werden können, sondern auch Entscheidungsmacht gefordert wird, beruft sich Sielmann auf das herrschende Demokratiesystem, in dem die Entscheidungen von den gewählten Politikern ausgehen. Dass die Forderungen der GärtnerInnen jedoch nicht als schlichte Utopie abzutun sind, findet sich in dem bereits genannten Transitstadium der heutigen Gesellschaft wieder (vgl. MÜLLER 2012a, S. 51). Eine Reformation der meisten momentan praktizierten Beteiligungsverfahren scheint daher durchaus angebracht und dies nicht nur, weil es ein Bedürfnis vieler BürgerInnen ist, sondern auch, weil genau die Menschen vor Ort oft wichtiges Wissen über und Gespür für den jeweiligen Stadtteil mitbringen.

Wie bereits auf den Seiten 44 und 45 thematisiert wurde, kann auch die Privatisierung des Planungsprozesses zu Konflikten führen, die BürgerInnenbeteiligungen erschweren beziehungsweise verhindern. Die Planung und Entwicklung der Alten Rindermarkthalle

wurde vor allem aus finanziellen Gründen privatisiert: Die Stadt Hamburg hat nicht genügend Mittel zur Verfügung, um die Halle zu sanieren. Dementsprechend hat nun der Investor, der die Sanierung finanziert, auch wiederum finanzielle Interessen und eine Entscheidungshoheit, was Hönisch folgend zusammenfasst: „Natürlich kann ich Interessen auch irgendwie einbeziehen und tue das gerne, aber am Ende aller Tage sind die Leute, die sich da gerade ganz viele Dinge wünschen nicht diejenigen, die es dann bezahlen“ (Interview mit T. Hönisch, 08.10.2012).

Eine konkretere Auseinandersetzung mit den Privatisierungstendenzen des Neoliberalismus ist an dieser Stelle jedoch aufgrund des begrenzten Umfangs der Arbeit nicht möglich und somit sollen nur kurz mögliche Lösungsansätze aufgezeigt werden, die auch innerhalb einer repräsentativen Demokratie und privatisierten Planungsprozessen greifen können.

Zunächst wäre ein erster Schritt zu einem anderen, beziehungsweise stärkeren Beteiligungsverfahren von BürgerInnen, dass Planungsprozesse von Beginn an transparent ablaufen. Hierzu gehört nicht nur, dass die BürgerInnen über verschiedene Schritte informiert werden, sondern, dass auch AnsprechpartnerInnen klar definiert werden. Das Format, über das solche Informationen verbreitet werden, kann unterschiedlich ausfallen, sollte aber neben reinen Informationsveranstaltungen, die meist vortragsartig ablaufen, oder rein informativen schriftlichen Ankündigungen, auch beispielsweise *Runde Tische*¹⁴, Diskussionsforen und/oder Workshops beinhalten. Am wichtigsten ist aber in diesem Fall, dass die BürgerInnen von Anfang an einbezogen werden und das nicht nur im Sinne eines Ideenwettbewerbs, bei dem sie ihre Ideen an die PlanerInnen herantragen können, sondern auch mit der Möglichkeit Probleme und Risiken zu äußern und zu diskutieren. Auch könnten sogenannte Stadtteil- oder Quartierbüros, die von PlanerInnen vor Ort eingerichtet werden als Anlaufstelle für BürgerInnen dienen (vgl. RÖSENER, SELLE 2005, S. 288). Hierdurch können AnwohnerInnen motiviert werden, sich in Planungsprozessen zu engagieren. Darüber hinaus sollte ein Planungsprozess das sprichwörtliche Geben und Nehmen vereinen: Die BürgerInnen können ihre Ideen, ihr Fachwissen, aber auch ihre Bedenken äußern und erhalten gleichzeitig Verantwortung für beispielsweise einen Teilprozess der Planung, wodurch ihr Engagement und ihre Motivation gestärkt werden können (vgl. HÄÜBERMANN 2005, S. 300; ROHLAND 2005, S. 286).

¹⁴ Runde Tische sind Gesprächsveranstaltungen, bei denen die TeilnehmerInnen an einem runden Tisch sitzen und somit, durch die Sitzordnung, alle gleichberechtigt sind, beziehungsweise das Gefühl der Gleichberechtigung vermittelt werden soll.

Auch die Privatisierung von Planungen kann einen positiven Effekt haben: Im Fall der Alten Rindermarkthalle hat EDEKA ein Interesse daran, dass das Konzept für die Halle und das Areal von dem Stadtteil angenommen wird, da sonst Einnahmen verloren gehen könnten. Um die BürgerInnen des Stadtteils also zufrieden zu stellen, entstehen Kommunikationen und die BürgerInnen werden (teilweise) in den Planungsprozess einbezogen. Die privaten Akteure sind also ein Stück weit auf die AnwohnerInnen angewiesen, wodurch Beteiligungsverfahren eventuell eher zu Stande kommen könnten. Dennoch bleibt es im Falle der Alten Rindermarkthalle bei einem Aushandlungsprozess, bei dem vor allem durch die Projektentwickler unterschiedliche Interessen gegeneinander abgewogen werden müssen und die Entscheidungshoheit letztlich allein bei EDEKA liegt (vgl. Interview mit T. Hönisch, 08.10.2012).

Als Risiko beziehungsweise Schwierigkeit von mehr BürgerInnenbeteiligung wird häufig angemerkt, dass Planungsprozesse dadurch aufwendiger und anspruchsvoller werden würden. Dies habe nicht nur einen finanziellen, sondern auch einen verwaltungstechnischen Mehraufwand zur Folge, dem gegebenenfalls nicht entsprochen werden kann (vgl. Interview mit D. Sielmann, 04.10.2012). Des Weiteren wird darauf hingewiesen, dass sich Verfahren durch die Einbindung von BürgerInnen verzögern könnten (vgl. RÖSENER, SELLE 2005, S. 288). Wie schwerwiegend diese Verzögerungen sind, bleibt jedoch offen. Außerdem ist anzumerken, dass eine Planungsverzögerung zu Gunsten von BürgerInnenbeteiligung durchaus tolerierbar sein kann, wenn sie so positive Effekte auf die Stadtteilentwicklung und das Projekt hat.

Wie bereits erwähnt ist es, laut Hönisch, nur noch die Frage wie das GrünAreal auf dem Gelände der Alten Rindermarkthalle realisiert werden kann (vgl. Interview mit T. Hönisch, 08.10.2012). Die Keimzelle scheint also, jedenfalls in Teilen, als Form der Stadtteilentwicklung von unten Potential zu haben, denn ansonsten hätte sich das Vorhaben nicht in diesem Maße konkretisiert. Im Folgenden werden nun diese Potentiale der Keimzelle erläutert. Sie wurden vier verschiedenen Potential-Kategorien zugeordnet.

Die Keimzelle hat als Garten zunächst ein ökologisches Potential: Die öffentlichen Grünflächen in Hamburg sind, abgesehen von ein paar besonderen „Gärten“ wie *Planten un Blomen*, häufig auf Rasenflächen und wenige, stark gekürzte Sträucher und Bäume reduziert. Dies wirkt sich vor allem negativ auf die Fauna aus, denn gerade Vögel und Insekten haben dadurch keinen, beziehungsweise nur einen sehr eingeschränkten, Lebensraum. Dadurch, dass sich in der Keimzelle unterschiedliche Pflanzenarten und –größen befinden, entstehen

Lebensräume für verschiedene Tiere und die Biodiversität wird gefördert (vgl. Interview mit D. Sielmann, 04.10.2012). Dadurch, dass die Keimzelle an ihrem jetzigen Standort weitere städtische Versiegelungen aufhält und dass sie als GrünAreal auf dem Gelände der Alten Rindermarkthalle eventuell sogar Entsiegelungen bewirken würde, gibt es positive Effekte. Zum einen kann das versickernde Regenwasser zur Grundwassererneuerung beitragen, zum anderen kann bei Starkregen das Wasser abfließen anstatt sich auf den versiegelten Flächen zu stauen. Darüber hinaus ist die Keimzelle auch Teil einer globalen Auseinandersetzung mit den Themen Nachhaltigkeit und globale Nahrungsmittelproduktion. Zunehmend beschäftigen sich Menschen damit, woher ihre Lebensmittel kommen und wer sie wie produziert hat. Die Konfliktfelder, die sich hierbei eröffnen, reichen, sehr generalisiert zusammengefasst, von genmanipuliertem Saatgut, über anthropogene Bodendegradation bis hin zur Ausbeutung des sogenannten globalen Südens. Um dem zu entgehen, entschließen sich Menschen, ihr Gemüse selbst anzubauen und zwar unter ökologischen und nachhaltigen Bedingungen (vgl. HASSELHORST 2011, S. 117). Die Keimzelle selbst kann diesbezüglich zwar keine Veränderung hervorrufen, dennoch als Diskussions- und Informationsplattform einen Beitrag hierzu leisten und Impulse für eine nachhaltige Nahrungsmittelproduktion geben.

Des Weiteren hat die Keimzelle ein soziales Potential. Als Gemeinschaftsgarten ist die Keimzelle per se gemeinwohlorientiert gedacht, zumal sie als Umsetzung eines konkreten Wunsches der Wunschproduktion gesehen werden kann. Durch die Keimzelle erhalten unterschiedlichste Menschen, die eventuell bisher nur die Nachbarschaft verbindet, die Möglichkeit, gemeinsam zu gärtnern, und zwar ohne Zugangsbeschränkung oder Mitgliedschaft (vgl. RASPER 2012, S. 24). Dadurch, dass das Gärtnern im Kollektiv stattfindet, also niemand sein/ihr eigenes Beet bewirtschaftet, findet ein ständiger Austausch der GärtnerInnen statt, wodurch das soziale Miteinander innerhalb der Nachbarschaft gefördert wird und sich soziale Netze neu beziehungsweise weiterentwickeln können. Doch auch die Außenwirkung der Keimzelle hat etwas soziales, was Lemke als „(...) kommunikative Dimension (...)“ (Interview mit H. Lemke, 30.09.2012) beschreibt. Genauer meint er damit, dass die Keimzelle, entgegen der Anonymität, die ansonsten in Städten überwiegt, einen Ort der Kommunikation bietet: „Sonst läuft man aneinander vorbei und hat ja auch keinen Grund die andere Person anzusprechen“ (ebd.). In der Keimzelle jedoch kommunizieren fremde Menschen viel häufiger miteinander als an anderen öffentlichen Orten, wobei der Garten immer als Gesprächseinstieg dient. Darüber hinaus ist die Keimzelle, mit ihren verschiedenen, teilweise überdachten Sitzgelegenheiten, auch ein sozialer Treffpunkt für verschiedenste Menschen (aus der Nachbarschaft und Umgebung), die nicht

mitgärtnern. Da die Keimzelle momentan noch sehr klein ist, sind nur wenige GärtnerInnen an ihr beteiligt und somit ist die soziale Mischung auch gering. Die Diversität kann aber durchaus steigen, wenn ihr, als GrünAreal, mehr Fläche und somit auch mehr Aktionsraum zur Verfügung stünde.

Die Stadtteilentwicklung von unten kann als logische Konsequenz einer sich im Transitstadium befindenden Gesellschaft betrachtet werden, in der immer mehr Menschen an Planungs- und Entwicklungsprozessen teilhaben wollen, die Politik dem aber nicht (genügend) gerecht werden kann. Die Keimzelle ist gleichzeitig Resultat und Alternative der neoliberalen Ordnung. So ist sie unter anderem dadurch entstanden, dass sich die AnwohnerInnen zu wenig in Planungsprozesse einbezogen fühlten und daraufhin einen Gegenentwurf zu der privatisierten Planung entwickelten. FRANCIS (1989) fasst dies auf einer theoretischen Ebene wie folgt zusammen: „On a conceptual level, urban gardens exist as democratic space-reflections of local culture and values. They (...) can be democratic reflections of conflict and change in neighborhood and urban life” (FRANCIS 1989, S. 56). Doch nicht nur die Beteiligung an Planungsprozessen gewinnt an Wichtigkeit, sondern auch das Lokale rückt zunehmend in den Fokus der BürgerInnen und so überrascht es nicht, dass die Anzahl der Initiativen, die sich unter dem Netzwerk Recht auf Stadt zusammenfinden, seit einigen Jahren zunehmen: BürgerInnen wollen teilhaben an der Gestaltung ihrer Nachbarschaft und dies nicht nur mit Ideen und Wünschen, sondern auch aktiv, wie hier in Form des Gartens. Das politische Potential der Keimzelle besteht also darin, dass sie, als konkreter Gegenentwurf zu der Stadtentwicklung von oben, mehr ist, als bloßer Protest. Sie stellt eine kreative Alternative dar, die von den BürgerInnen vor Ort entwickelt wurde. Es handelt sich also um die Menschen, die die Problemen und Möglichkeiten des Karolinenviertels tendenziell am besten kennen. Zudem wird durch die Keimzelle auf innovative und nachhaltige Weise öffentlicher Raum angeeignet. Innerhalb der Aneignung des öffentlichen Raumes werden auch die drei Momente der lefebvrischen Raumkonstitution deutlich: Der perceived und der conceived space werden als Grundlage für einen lived space genutzt. In anderen Worten bedeutet es, dass die alltäglichen Räume, die nicht-reflexiv erfahren werden und durch PlanerInnen entworfen wurden, zu Ausdrucksräumen der AnwohnerInnen werden (vgl. LEFEBVRE 1991, S. 38f.). Darüber hinaus machen die AnwohnerInnen durch die Aneignung Gebrauch von Lefebvres Recht auf Stadt und entwerfen dabei die Utopie einer partizipativen Stadt: „Das Recht auf die Stadt steht dabei für eine Vision des Wandels, [welcher] (...) auf den Prinzipien der Demokratie, Gleichheit, Anerkennung von Differenzen und Einbeziehung (...) basiert (...)“ (GEBHARDT, HOLM 2011,

S. 15). Neben der Konstruktion einer Zukunftsversion für die Stadt schafft die Keimzelle aber auch schon heute etwas Konkreteres: Durch die Auseinandersetzung und Mitgestaltung des eigenen Lebensraumes und der Nachbarschaft, kann die Identifikation damit gesteigert werden und eventuell dazu führen, dass sich die AnwohnerInnen wohler fühlen.

Darüber hinaus verfügt die Keimzelle über ein kreatives Potential, in dem sie eine optische Alternative im Stadtbild bietet. Der Garten ist eine Abwechslung und grüne Bereicherung in einem Stadtviertel, das sonst äußerlich im Wesentlichen durch eng aneinander stehende Gebäude und versiegelte Flächen geprägt ist. Der ästhetische Wert der Keimzelle unterliegt zwar dem/der subjektiven BetrachterIn, dennoch kann sie tendenziell als ästhetisch wertvoll eingeschätzt werden, zumal sie als Kunst im öffentlichen Raum von der Kulturbehörde Hamburg gefördert wird.

Das Potential der Keimzelle als eine Form der Stadtteilentwicklung von unten setzt sich somit aus vier Potentialkomplexen zusammen: dem ökologischen, dem sozialen, dem politischen und dem kreativen Potential.

Im Fazit werden nun abschließend die Forschungsergebnisse zusammengeführt, um die am Anfang dieser Arbeit gestellte Forschungsfrage zu beantworten. Darüber hinaus wird ein Ausblick gegeben.

11 Fazit und Ausblick

Diese Arbeit baut auf der Forschungsfrage auf, ob der urbane Garten Keimzelle das Potential zu einer Form der Stadtteilentwicklung von unten hat. Hintergrund dieser Frage war die Feststellung, dass insbesondere die Forschung zum urbanen Gärtnern in Deutschland sich bisher weitestgehend auf die Motivationen der GärtnerInnen beschränkt und hierbei dann häufig Themen wie eine neue Ethik des Essens oder die Rückbesinnung auf teilweise abhandengekommene Traditionen im Vordergrund stehen. Dass einige Menschen gärtnern, um so selbst einen Teil der Stadt mitzugestalten, wird zwar in der Literatur gelegentlich erwähnt, die Forschung bleibt aber auf einer deskriptiven Ebene. Dennoch scheint dies keine unwesentliche Thematik zu sein, zumal sich viele urbane Gärten mitten in Städten und nicht an deren Rändern befinden und durch ihre Gestalt den öffentlichen Raum, zunächst rein optisch, verändern. Für die GärtnerInnen der Keimzelle im Hamburger Karolinenviertel sind die Forderung nach einer Mitgestaltung des Stadtraumes und die (Wieder)Aneignung des öffentlichen Raumes integraler Bestandteil ihres Gartenprojekts. Da für die GärtnerInnen die Keimzelle als Planungsgarten nur Übergangsort zu einem größeren Gemeinschaftsgarten sein soll, handelt es sich um ein Projekt, dessen Ziel noch nicht realisiert worden ist. Hieraus ergab sich somit die Forschungsfrage, ob die Keimzelle das Potential einer Form der Stadtteilentwicklung von unten hat.

Um sich der Frage anzunähern, wurde zunächst mit Hilfe von Literaturrecherchen ein theoretisches Gerüst aufgestellt, das im Folgenden zusammengefasst werden soll.

Urban gardening beschreibt die in Deutschland noch relativ neue, aber sich schnell ausbreitende Entwicklung des Gärtnerns in der Stadt, wobei für diese Arbeit lediglich die Gemeinschaftsgärten, in denen mehrere Menschen an einem öffentlichen Ort gärtnern, von Interesse sind. In diesen Gärten werden vor allem verschiedene Obst und Gemüsesorten in mobilen Beeten angebaut. Grund hierfür ist die prekäre Rechtsgrundlage der Gärten, denn sie stützen sich häufig auf befristete Nutzungsverträge, wodurch die Zukunft der Gärten meist ungewiss ist (vgl. VON DER HAIDE 2007, S. 2f.). Der Ursprung des urbanen Gärtnerns lässt sich nicht eindeutig zurückverfolgen. Dennoch ähneln die Gärten, die es heute in Deutschland gibt vor allem den Community Gardens, die in den 1960er Jahren durch die Initiative von AnwohnerInnen in New York City entstanden. Aus häufig vermüllten und verkommenen Brachflächen entwickelten sich zunehmend Gärten, durch die sich AnwohnerInnen selbstständig und kostenlos mit ihrer eigenen Ernte versorgen konnten. Auf das schnelle Ausbreiten der Gärten und ihre durchweg positive Resonanz, reagierte die Stadt bereits Ende

der 1970er Jahre und schuf für diese eine legale Grundlage. Seither sind sie integraler Bestandteil des New Yorker Stadtbildes (vgl. NEW YORK CITY DEPARTMENT OF PARKS & RECREATION 2012). Auch in den Ländern des globalen Südens sind urbane Gärten keine neue Entwicklung: Insbesondere in Brasilien und auf Kuba dienen die Gärten der ärmeren Bevölkerung schon seit längerem als wichtige Nahrungsquelle. Dennoch ist das Gärtnern, gerade in Rio de Janeiro oder Buenos Aires auch politisch motiviert und ist ein Zeichen gegen „(...) Armut, gesellschaftlicher Ausgrenzung und kapitalistischer Konsumkultur“ (VON DER HAIDE et al. 2012, S. 271). Das Gärtnern in Deutschland dient nur selten der Sicherung der Nahrungsgrundlage und ist auch weniger als ökonomische Erleichterung gedacht. Vielmehr stehen hier die Förderung einer Nachbarschaft und die Auseinandersetzung mit der globalen Nahrungsmittelproduktion im Vordergrund. Urbane Gärten können als Treffpunkt für die GärtnerInnen, aber auch für AnwohnerInnen, die sich dort aufhalten ohne zu gärtnern, eine wichtige soziale Funktion erfüllen. Durch das Aufeinandertreffen von eventuell auch sehr unterschiedlichen Menschen kann ein Gemeinschaftsgefühl innerhalb einer Nachbarschaft entstehen und es können sich neue Bekanntschaften und/oder Vernetzungsstrukturen entwickeln. Darüber hinaus legen immer mehr Menschen Wert darauf zu wissen, woher ihr Essen stammt und unter welchen Umständen es hergestellt wurde. Die GärtnerInnen setzen dies in der radikalsten Form um, wenn sie selber Obst und Gemüse anbauen und dabei auf eine größtmögliche Sortenvielfalt und auf ökologisch-kontrollierte Produktion achten. Oft wird der Garten aber auch als Gegenentwurf zu einem häufig durch Stresserfahrungen charakterisierten Alltag betrachtet. Der Garten dient als Rückzugsort, an dem die Zeit entschleunigt wird und die Menschen die Möglichkeit haben mit den eigenen Händen eine ganz ursprüngliche Arbeit zu verrichten. Darüber hinaus kann das Gärtnern auch aus einer politischen Motivation heraus entstehen, die sich im Wesentlichen auf die Forderung nach der Mitgestaltung der Stadt gründet. Die Gärten zeigen nun wiederum, dass es nicht bei einer Forderung bleibt, sondern, dass sich Menschen aktiv den öffentlichen Raum aneignen und nach ihrem Empfinden gestalten. Um diese Forderung weiter zu untersuchen, wurden in dem Kapitel 4 die Begriffe Raum, öffentlicher Raum, Aneignung und Henri Lefebvres Forderung von Recht auf Stadt definiert. Hierbei ist wichtig festzuhalten, dass Raum nach LEFEBVRE (1991) von drei gleichzeitig wirkenden Ebenen konstituiert wird: der räumliche Praktik(en), der Repräsentation von Raum und der Raum der Repräsentation (vgl. LEFEBVRE 1991, S. 38f.).

Darüber hinaus hat Henri Lefebvre Ende der 1960er Jahre unter dem Namen *Recht auf Stadt* die Forderung nach einem Recht auf die Teilhabe aller StadtbewohnerInnen an den Prozessen und Entscheidungen innerhalb der Stadt, sowie das Recht auf die Anwesenheit aller Menschen im Stadtraum und die Nutzung der Stadt entwickelt (vgl. PURCELL 2002, S. 103).

Lefebvres konkrete Utopie einer Stadt mit ubiquitärem und aktivem Recht auf Teilhabe und Zugang zum städtischen Leben, gewinnt heute mehr und mehr an Bedeutung: „Das Recht auf die Stadt steht dabei für eine Vision des Wandels, der die Umverteilung materieller, sozialer, politischer, kultureller und symbolischer Ressourcen umfasst und auf den Prinzipien der Demokratie, Gleichheit, Anerkennung von Differenzen und Einbeziehung (...) basiert (...), im Sinne einer urbanen Demokratie“ (GEBHARDT, HOLM 2011, S. 15).

In dem Zusammenhang von urbanem Gärtnern und der Forderung nach Recht auf Stadt ist insbesondere der öffentliche Raum von Interesse, da sich das Gärtnern dort abspielt. Der öffentliche Raum, der im Idealfall einen ständig für alle Menschen zugänglichen Hybridraum (physisch und sozial konstruiert) darstellt, sollte Ort der Begegnung, Interaktion und des Austausches sein (vgl. IVESON 2007, S. 4f.). Durch die Aneignung, also das (Re)Produzieren, von öffentlichem Raum machen dann BürgerInnen Gebrauch von ihrem von Lefebvre geforderten Recht auf Stadt und setzen sich damit für „(...) eine Repolitisierung im Sinne einer öffentlichen Verhandlung über Dinge, von denen alle betroffen sind“ (HOLM 2011, S. 96) ein. Raum, als wichtige grundlegende Begriffskategorie, bildet somit Ursache, Gegenstand und Austragungsort städtischer Konflikte.

Eine konkrete Art solcher städtischer Konflikte kann dadurch entstehen, dass sich BürgerInnen nicht (genügend) in Planungsprozesse einbezogen fühlen. Eine mögliche Reaktion auf eine Stadtteilentwicklung von oben kann dann eine Stadtteilentwicklung von unten sein. Sie geht dabei, ähnlich wie sogenannte grassroot movements von den BürgerInnen aus, die als eine Art kreativen und konstruktiven Protest einen Gegenentwurf zur sonstigen Stadtteilentwicklung entwerfen.

Die Wunschproduktion, die von AnwohnerInnen und KünstlerInnen bei dem Projekt Park Fiction eingesetzt wurde, diente im Fall der Alten Rindermarkthalle im Jahr 2010 als Vorbild, um Ideen, Wünsche und Anliegen der AnwohnerInnen für das Areal zu sammeln. Ein Wunsch, der sich dabei als zentral herausstellte, war der nach Frei- und Grünflächen. Die Initiative GrünAreal, die sich daraufhin zusammenschloss, versuchte nun auf dem Gelände der Alten Rindermarkthalle, die zu diesem Zeitpunkt bereits leer stand, einen Gemeinschaftsgarten zu realisieren. Da dies zunächst scheiterte, entstand die Keimzelle am

Ölmühlenplatz im Karolinenviertel. Die Keimzelle versteht sich als Planungsgarten und die GärtnerInnen haben nach wie vor das Ziel auf das benachbarte Gelände der Alten Rindermarkthalle umzuziehen. Über die Experteninterviews konnte ermittelt werden, weshalb dieses Vorhaben vermutlich zunächst gescheitert ist: Es handelt sich um eine Akkumulation von Hindernissen und Konflikten, die zu einem Großteil aus einer undurchsichtigen und komplexen Planungsstruktur resultieren. Als eine wesentliche Schwierigkeit stellte sich hierbei die Privatisierung der Planung heraus. Die mittlerweile eingeschalteten Projektentwickler von Maßmann & Co. sollen nun die Koordinierung des Prozesses übernehmen, jedoch wäre diese Vermittlerfunktion von Beginn an wichtig gewesen.

Ein weiterer wesentlicher Konflikt, der sich im Laufe dieser Arbeit herausgestellt hat, umfasst die Forderung von immer mehr Menschen, an lokalen Planungs- und Entwicklungsprozessen beteiligt zu sein und auch Entscheidungsfähigkeit zu erhalten. Dem entgegen steht vor allem das in Deutschland herrschende Demokratiesystem, nach dem die Entscheidungshoheit bei den PolitikerInnen beziehungsweise, im vorliegenden Fall, bei dem Unternehmen liegt. Da die Stadtteilentwicklung von unten somit nicht für sich fungieren kann, weil sie spätestens bei der nachhaltigen und erfolgreichen Umsetzung ihrer Pläne in die Stadtteilentwicklung von oben integriert werden muss, bedarf es Aushandlungsprozessen (beispielsweise in Form runder Tische, Diskussionsforen, Workshops), die danach streben sollten, den größten gemeinsamen Nenner zu finden. Um einen solchen Aushandlungsprozess zu erreichen, muss die Stadtteilentwicklung von unten jedoch zunächst ein gewisses Potential mit sich bringen. Hinsichtlich der Keimzelle konnten vier Potential-Kategorien festgestellt werden: ökologisches, soziales, kreatives und politisches Potential.

Das ökologische Potential der Keimzelle als eine Form der Stadtteilentwicklung von unten umfasst ihren Beitrag zur Förderung der Biodiversität in der Stadt. Darüber hinaus dient sie als Diskussions- und Informationsplattform über die globale Nahrungsmittelproduktion und stellt ein Beispiel dar, wie und dass Nahrungsmittel unter ökologischen und nachhaltigen Bedingungen produziert werden können.

Das soziale Potential der Keimzelle besteht darin, dass sie als gemeinwohlorientierte und konkrete Umsetzung eines Wunsches der Wunschproduktion das soziale Miteinander und die Vernetzung innerhalb einer Nachbarschaft entwickelt und fördert. So erhalten in der Keimzelle Menschen die Möglichkeit mit ihnen unbekannten Nachbarn gemeinsam etwas herzustellen. Auch nach außen wirkt sich diese kommunikative Dimension aus: Als sozialer Treffpunkt bietet die Keimzelle einen Aufenthaltsraum im öffentlichen Raum und fördert

auch unter Nicht-GärtnerInnen die Kommunikation, wodurch die Keimzelle als Gesprächsgrundlage dient.

Das politische Potential der Keimzelle liegt in ihrer Implementierung selbst: „Urban gardens result from a reaction to the privatization of public life, from the need for spaces that support social contact and publicness, and from an interest in urban spaces that invite ongoing change and modification through public stewardship and local involvement“ (FRANCIS 1989, S. 54). Die Keimzelle ist also, als Reaktion auf die Stadtteilentwicklung von oben, ein durch BürgerInnen vor Ort entwickelter Gegenentwurf, der als kreative Alternative im Gegensatz zu einem bloßen Protest verstanden werden muss. Über den lived space erschaffen die GärtnerInnen mittels der Keimzelle die Utopie einer partizipativen Stadt, in der die Stadtteilentwicklung von unten und von oben in eine partizipative und demokratische Stadtteilentwicklung übergehen (vgl. GEBHARDT, HOLM 2011, S. 15). Neben diesem Zukunftsentwurf schafft die Keimzelle aber auch schon heute die Möglichkeit der Auseinandersetzung und Mitgestaltung des eigenen Lebensraumes.

Das kreative Potential der Keimzelle liegt in ihrer Gestalt, die als grüne Abwechslung in einem durch eng aneinander stehende Gebäude und versiegelte Flächen geprägten Stadtbild beschrieben werden kann. Auch wenn die Ästhetik der Keimzelle durchaus subjektiv ist, ist dieses Potential nicht zu vernachlässigen. Dies unterstreicht auch die Tatsache, dass sie als Kunst im öffentlichen Raum von der Hamburger Kulturbehörde gefördert wird.

Somit konnte, zunächst auf theoretischer Ebene durch die Literaturrecherche und dann auf praktischer Ebene über Experteninterviews, festgestellt werden, dass die Keimzelle das Potential hat, eine Form der Stadtteilentwicklung von unten zu sein. Dennoch muss an dieser Stelle noch einmal erwähnt werden, dass die Stadtteilentwicklung von unten nicht auf Dauer isoliert bestehen kann. Die Keimzelle ist zwar als Gegenentwurf zu der Stadtteilentwicklung von oben entstanden, muss sich aber, um das Ziel des Gemeinschaftsgartens auf dem Areal der Alten Rindermarkthalle zu erreichen, mit den anderen Akteuren (also auch denen der Stadtteilentwicklung von oben) auseinandersetzen.

Für die Zukunft sind somit drei wesentliche Dinge festzuhalten:

Um Gärten noch weiter im Hamburger Stadtbild zu etablieren, brauchen sie einen rechtlichen Status, da sie ansonsten ständig der Gefahr der Überplanung ausgesetzt sind. VON DER HAIDE (2010) schlägt in diesem Zusammenhang folgendes vor: „Ein Gemeinschaftsgarten jenseits der Kleingärten wird im Moment im Planungsrecht und damit in

Flächennutzungsplänen und Bebauungsplänen weder als Parkanlage oder als landwirtschaftliche Nutzfläche noch als Gemeinbedarfsfläche gesehen und darf dort formell angelegt werden. Wichtig wäre festzustellen, dass es sich hierbei um eine Nutzung mit Anteilen einer öffentlichen, landwirtschaftlichen und sozialen Nutzung handelt“ (VON DER HAIDE 2010, S. 17)

Da es eher unwahrscheinlich ist, dass Städte in naher Zukunft ihre Planungskultur erheblich verändern, muss also in kleinen Schritten gearbeitet werden, um zufriedenstellende Beteiligungsprozesse zu entwickeln. Dies kann, wie bereits erwähnt über runde Tische, Diskussionsforen oder Workshops geschehen, um nur einige Möglichkeiten zu nennen.

Die Keimzelle ist in ihrer jetzigen Form vermutlich noch zu klein um eine weitreichende Wirkung zu haben. Da sie aber, wie der Name impliziert, der Anfang von etwas Größerem sein will und nach wie vor dem Vorhaben nachgeht, einen Gemeinschaftsgarten auf dem Areal der Alten Rindermarkthalle zu realisieren, hat sie das Potential in der Zukunft einen noch größeren Beitrag zur Hamburger Stadtteilentwicklung von unten zu leisten.

12 Quellenverzeichnis

12.1 Literatur

- AUGÉ, M. (1994): Orte und Nicht-Orte – Vorüberlegungen zu einer Ethnologie der Einsamkeit. S. Fischer Verlag GmbH. Frankfurt.
- BAIER, A. (2012): Urbane Landwirtschaft und Stadtteilentwicklung. Die Nachbarschaftsgärten in Leipzig. In: MÜLLER, C. (Hrsg.) (2012): Urban Gardenining – Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt. oekom. München. 4. Auflage. S. 173 – 189.
- BAURIEDL, S. (2009): Impulse der geographischen Raumtheorie für eine raum- und maßstabskritische Diskursforschung. In: GLASZE, G., MATTISSEK, A. (Hrsg.) (2009): Handbuch Diskurs und Raum – Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung. transcript Verlag. Bielefeld. S. 219 – 231.
- BOURDIEU, P. (1985): Sozialer Raum und Klassen - Leçon sur la leçon. 2 Vorlesungen. Suhrkamp Verlag. Frankfurt am Main.
- BORGSTEDT, S. (2012): Das Paradies vor der Haustür: Die Ursprünge einer Sehnsucht aus der Perspektive soziokultureller Trendforschung. In: MÜLLER, C. (Hrsg.) (2012): Urban Gardenining – Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt. oekom. München. 4. Auflage. S. 118 – 125.
- COOK, I. (1997): Participant observation. In: FLOWERDEW, R., MARTIN, D. (Hrsg.) (1997): Methods in Human Geography. Addison Wesley Longman Limited. Harlow. S. 127 – 149.
- FHH (Freie und Hansestadt Hamburg) (1984): 1. Informationsbroschüre während der Vorbereitenden Untersuchung im Gebiet St. Pauli-Nord (Karlinenviertel). SAGA-Pressestelle.
- FHH (Freie und Hansestadt Hamburg) (1996): Stadtentwicklungskonzept: Leitbild, Organisationsrahmen und räumliche Schwerpunkte. Confront Druck- und Verlags GmbH. Hamburg.
- FHH (Freie und Hansestadt Hamburg) (1999): Soziale Stadtteilentwicklung: Das Programm. Confront Druck- und Verlags GmbH. Hamburg.

- FHH (Freie und Hansestadt Hamburg) (2007): Räumliches Leitbild – Entwurf. Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung. Hamburg.
- FRANCIS, M. (1989): The urban garden as public space. In: Places 6(1). S. 53 – 59.
- FRANZ, P. (1989): Stadtteilentwicklung von unten: zur Dynamik und Beeinflussbarkeit ungeplanter Veränderungsprozesse auf Stadtteilebene. Birkhäuser Verlag. Basel.
- FÜLLNER, J., TEMPLIN, D. (2011): Stadtplanung von unten – Die Recht auf Stadt-Bewegung in Hamburg. In: GEBHARDT, D., HOLM, A. (Hrsg.) (2011): Initiativen für ein Recht auf Stadt – Theorie und Praxis städtischer Aneignung. VSA: Verlag Hamburg. Hamburg. S. 79 – 104.
- FÜRST, D., LAHNER, M., ZIMMERMANN, K. (2004): Neue Ansätze integrierter Stadtteilentwicklung: Placemaking und Local Governance. Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung. Erkner.
- GEBHARDT, D., HOLM, A. (2011): Initiativen für ein Recht auf Stadt. In: GEBHARDT, D., HOLM, A. (Hrsg.) (2011): Initiativen für ein Recht auf Stadt – Theorie und Praxis städtischer Aneignung. VSA: Verlag Hamburg. Hamburg. S. 7 – 23.
- GLASZE, G. (2001): Privatisierung öffentlicher Räume? Einkaufszentren, Business Improvement Districts und geschlossene Wohnkomplexe. In: Berichte zur deutschen Landeskunde 75 2/3. S. 160-177.
- GRÜNSTEIDEL, I. (2000): Community Gardens – Grüne Oase in den Ghettos von New York. In: MEYER-RENSCHHAUSEN, E., HOLL, A. (Hrsg.) (2000): Die Wiederkehr der Gärten – Kleinlandwirtschaft im Zeitalter der Globalisierung. Studienverlag. Innsbruck. S. 125 – 139.
- GSTACH, D., HUBERTHAL, H., SPLITTHÖVER, M. (2009): Einführung. In: GSTACH, D., HUBERTHAL, H., SPLITTHÖVER, M. (Hrsg.) (2009): Gärten als Alltagskultur im internationalen Vergleich. Arbeitsberichte des Fachbereichs Architektur, Stadtplanung, Landschaftsplanung. Heft A 169. Universität Kassel. S. 7 – 12.
- GÜNZEL, S. (Hrsg.) (2010): Raum – Ein interdisziplinäres Handbuch. J.B. Metzler'sche Verlagsbuchhandlung. Stuttgart.
- HAMBURGER ABENDBLATT (1994a): Farbeier gegen Senator. In: Hamburger Abendblatt, 03.05.1994.

- HAMBURGER ABENDBLATT (1994b): Um 22.10 Uhr eskalierte die Gewalt. In: Hamburger Abendblatt, 03./04.12.1994.
- HASSELHORST, C. (2011): Eden auf Erden: Die Liebe zwischen Mensch und Garten. Corso. Hamburg.
- HÄUBERMANN, H. (2005): Politisches Vertrauen und Partizipation. In: vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V. Heft 6/2005. S. 287 – 294.
- HERLYN, U., VON SEGGERN, H., HEINZELMANN, C., KAROW, D. (2003): Jugendliche in öffentlichen Räumen der Stadt: Chancen und Restriktionen der Raumanneignung. Wüstenrot Stiftung. Ludwigsburg.
- HOLM, A. (2011): Das Recht auf die Stadt. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 8/2011. S. 89 – 97.
- IVESON, K. (2007): Publics and the City. Blackwell Publishing. Oxford.
- LEFEBVRE, H. (1991): The production of space. Blackwell Publishing. Oxford.
- LEWITZKY, W. (2005): Kunst für alle? Kunst im öffentlichen Raum zwischen Partizipation, Intervention und Neuer Urbanität. transcript Verlag. Bielefeld.
- LEMKE, H. (2009): Im Gemüse leben: Globale Renaturierung der Stadtgesellschaft durch urbane Agrikultur. In: Kultur | Natur: Kunst und Philosophie im Kontext der Stadtentwicklung. Jovis Verlag. Berlin. S. 121 – 136.
- LIPPUNER, R. (2005): Raum, Systeme, Praktiken – Zum Verhältnis von Alltag, Wissenschaft und Geographie. Franz Steiner Verlag Wiesbaden GmbH. Stuttgart.
- LÖW, M. (2001): Raumsoziologie. Suhrkamp Verlag. Frankfurt a. Main.
- LÖW, M., STEETS, S., STOETZER, S. (2008): Einführung in die Stadt- und Raumsoziologie. 2. Auflage. UTB. Stuttgart.
- LYNCH, K. (1960): The Image of the City. The MIT Press. Cambridge.
- MARCUSE, P. (2012): Whose right(s) to what city? In: BRENNER, N., MARCUSE, P., MAYER, M. (Hrsg.) (2012): Cities for people, not for profit – Critical urban theory and the right to the city. Routledge. Abingdon. S. 24 – 41.
- MEIER KRUKER, V., RAUH, J. (2005): Arbeitsmethoden der Humangeographie. Wissenschaftliche Buchgesellschaft. Darmstadt.

- MEYER-RENSCHHAUSEN, E. (2004): Unter dem Müller der Acker – Community Gardens in New York City. Ulrike Helmer Verlag. Königstein.
- MÜLLER, C. (2007): Interkulturelle Gärten – Urbane Orte der Subsistenzproduktion und der Vielfalt. In: ARTICUS, S., BECKMANN, K. J., BRECKNER, I., HANSMEYER, K.-H., KLAGES, H., RICHARD, H., STERN, K., THALGOTT, C. (Hrsg.) (2007): Die „grüne“ Stadt – Urbane Qualitäten durch Freiraumentwicklung. Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften. 46. Jahrgang. 2007/I. S. 55 – 67.
- MÜLLER, C. (2010): Raum schaffen für urbane Gärten – Die neue Gartenbewegung und die kommunale Politik. In: Alternative Kommunalpolitik 2/2010, März/April. 31. Jahrgang. Bielefeld. S. 60 – 62.
- MÜLLER, C. (2012a): Urban Gardening. Grüne Signaturen neuer urbaner Zivilisation. In: MÜLLER, C. (Hrsg.) (2012): Urban Gardening – Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt. oekom. München. 4. Auflage. S. 22 – 53.
- POLKOWSKI, D. (2001): Städtebauförderung als Instrument einer nachhaltigen Stadtentwicklung: Das Beispiel Hamburg. In: Informationen zur Raumentwicklung. Heft 9,10/2001. S. 587 – 595.
- PURCELL, M (2002): Excavating Lefebvre: The right to the city and its urban politics of the inhabitant. In: GeoJournal 58:2002. S. 99 – 108.
- RASPER, M. (2012): Vom Gärtnern in der Stadt. oekom. München.
- REYNOLDS, R. (2010): Guerilla Gardening – Ein botanisches Manifest. 2. Auflage. Orange-press GmbH. Freiburg.
- ROHLAND, P. (2005): Partizipation – ein Schlüsselbegriff für eine neue Verantwortungsteilung im aktivierenden Staat. In: vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V. Heft 6/2005. S. 287 – 294.
- RÖSENER, B., SELLE, K. (2005): Information, Partizipation, Kooperation – Entwicklung und Stand der Diskussion zur bürgerorientierten Kommunikation in Stadt und Quartier. In: vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V. Heft 6/2005. S. 287 – 294.
- SCHMID, C. (2011): Henri Lefebvre und das Recht auf die Stadt. In: GEBHARDT, D., HOLM, A. (Hrsg.) (2011): Initiativen für ein Recht auf Stadt – Theorie und Praxis städtischer Aneignung. VSA: Verlag Hamburg. Hamburg. S. 25 – 51.

- SCHMIDT, K. (2011): Aneignung öffentlicher Räume – Rio de Janeiro. Investigaciones – Forschung zu Lateinamerika. Band 16. LIT Verlag GmbH & Co. KG. Wien.
- SCHRÖDER, C. (2010): Akteure der Stadtteilentwicklung – Wie Verwaltung, Politik und Bürgerschaft Beteiligung definieren. oekom. München.
- SCHUBERT, D. (2005): Hamburger Wohnquartiere: Ein Stadtführer durch 65 Siedlungen. Dietrich Reimer Verlag GmbH. Berlin.
- SIEBEL, W. (2002): Urbanität ohne Raum – Der Möglichkeitsraum. In: KORNHARDT, D., PÜTZ, G., SCHRÖDER, T. (Hrsg.) (2002): Mögliche Räume: Stadt schafft Landschaft. Junius Verlag GmbH. Hamburg. S. 32 – 41.
- TESSIN, W. (2011): Freiraum und Verhalten: Soziologische Aspekte der Nutzung und Planung städtischer Freiräume – Eine Einführung. 2. Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden.
- VON DER HAIDE, E., HALDER, S., JAHNKE, J., MEES, C. (2012): Guerilla Gardening und andere politische Gartenbewegungen. Eine globale Perspektive. In: MÜLLER, C. (Hrsg.) (2012): Urban Gardenining – Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt. oekom. München. 4. Auflage. S. 266 – 278.
- WEBER, R. (2012): Der Garten als Lebenshaltung oder warum Natur in der Stadt wichtig ist. In: MÜLLER, C. (Hrsg.) (2012): Urban Gardenining – Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt. oekom. München. 4. Auflage. S. 236 – 249.
- WERNER, C. (2011): Grüner Daumen gegen graue Stadt – urbane Gärten und urbane Landwirtschaft. In: Geowerkstadt Leipzig e.V. (Hrsg.) (2011): entgrenzt – studentische Zeitschrift für Geographisches. 2/2011. S. 26 – 36.
- VALENTINE, G. (1997): Tell me about...: using interviews as a research methodology. In: FLOWERDEW, R., MARTIN, D. (Hrsg.) (1997): Methods in Human Geography. Addison Wesley Longman Limited. Harlow. S. 110 – 126.

12.2 Internetquellen

- 20359HAMBURG.DE (2012): Hamburger Straßennamen. <http://www.20359hamburg.de/strasenverzeichnis/ausgabe.php?nav=L>. Zugriff am: 16.10.2012.
- ATAMAN, F. (2009): Börek im Biogarten. In: Der Tagesspiegel. http://www.stiftung-interkultur.de/images/stories/interkultur/dokumente_nicht_im_dm/medienecho/Brek_im_Biogarten.pdf. Zugriff am: 09.10.2012.

- BPB (Bundeszentrale für politische Bildung) (2007): Stadt und Gesellschaft – Drei Fragen an Andrej Holm. <http://www.bpb.de/gesellschaft/staedte/stadt-und-gesellschaft/64421/interview>. Zugriff am: 14.09.2012.
- BPB (Bundeszentrale für politische Bildung) (2011): Polis. <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/politiklexikon/18015/polis>. Zugriff am: 16.10.2012.
- BEZIRK HAMBURG-MITTE (2010): Machbarkeitsstudie Alte Rindermarkthalle in Form eines kooperativen Gutachtenverfahrens. <http://www.hamburg.de/contentblob/2203832/data/alte-rindermarkthalle-auslobung.pdf>. Zugriff am: 29.08.2012.
- BÜRGERSCHAFT DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG (2006): Stadtgrün in Hamburg (3): Grünpatenschaften. Drucksache 18/4451. Hamburg. <https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/Cache/4EC15A1973054B60BF0107A0.pdf>. Zugriff am: 24.08.2012.
- DIE WUNSCHPRODUKTION FÜRS AREAL (2010): Anwohner_innen starten eigenen Planungsprozess zur Rindermarkthalle. http://wunschproduktion.rindermarkthalle.de/allgemein/anwohner_innen-starten-eigenen-planungsprozess-zur-rindermarkthalle. Zugriff am: 30.08.2012.
- DENKMALSCHUTZAMT HAMBURG (2012): Was ist ein Denkmal? <http://www.hamburg.de/faq/177036/frage-was-ist-ein-denkmal.html>. Zugriff am: 29.08.2012.
- DUDEN ONLINE (2012): Potenzial. <http://www.duden.de/rechtschreibung/Potenzial>. Zugriff am: 18.10.2012.
- FHH (Freie und Hansestadt Hamburg) (2003): 50 Jahre Bodenordnung in Hamburg – Flächenmanagement durch Umlegung und Grenzregelung. <http://www.hamburg.de/contentblob/128970/data/bodenordnung-in-hamburg-50-jahre-broschuere.pdf>. Zugriff am: 14.09.2012.
- GOOGLE SUPPORT (2012): Wofür stehen die Zahlen in den Grafiken? <http://support.google.com/trends/bin/answer.py?hl=de&answer=87285>. Zugriff am: 13.10.2012.
- GOOGLE TRENDS (2012): Websuche-Interesse: urban gardening – Deutschland, Vereinigte Staaten, 2004 - heute. <http://www.google.de/trends/explore#q=urban%20gardening&geo=DE%2C%20US&cmpt=geo>. Zugriff am: 13.10.2012.

- HALDER, S. (2009): Gärten der Gerechtigkeit? Die politische Ökologie der Favelagärten von Rio de Janeiro. http://issuu.com/anstiftungundertomis/docs/gaerten_der_gerechtigkeit. Zugriff am: 24.09.2012.
- HERDE, A. (2005): Kriterien für eine nachhaltige Ernährung auf Konsumentenebene. Discussion paper Nr. 20/05. Zentrum Technik und Gesellschaft. http://www.tu-berlin.de/uploads/media/Nr_20_Herde_01.pdf. Zugriff am: 20.09.2012.
- JUNG, I., HÜNERS, S. (2011): Schrebergarten 2.0. In: Hamburger Abendblatt. <http://www.abendblatt.de/ratgeber/garten/article1966607/Schrebergarten-2-0.html>. Zugriff am: 09.10.2012.
- KARO4TEL.DE (2012): LaMa – Durch Spekulation zum politischen Preis. <http://www.karo4tel.de/4TEL/LAMA/PREIS.HTM>. Zugriff am: 16.10.2012.
- KAISER, L. (2010): Viel Lärm um Lärm. In: taz. die tageszeitung. <http://www.taz.de/!61905>. Zugriff am 30.08.2012.
- KEIMZELLE (2011): Die Keimzelle. <http://keimzelle.blogspot.eu/die-keimzelle>. Zugriff am: 06.06.2012.
- KENNEDY, M., LEONARD, P. (2001): Dealing with neighborhood change: A primer on gentrification and policy choices. The Brookings Institution Center on Urban and Metropolitan Policy. <http://www.brookings.edu/~media/research/files/reports/2001/4/metropolitanpolicy/gentrification>. Zugriff am: 20.08.2012.
- LEHMANN, A. (2012): Park Fiction. <http://www.hamburg.de/sehenswuerdigkeiten/2926780/park-fiction.html> Zugriff am: 17.09.2012.
- MABMANN & CO. (2012): Die Rindermarkthalle – Neues Leben in gewachsenen Strukturen. http://wordpress.p174000.webspaceconfig.de/wp-content/uploads/2012/09/PM-Vortrag-24.09._final_web2.pdf Zugriff am 04.10.2012.
- MÜLLER, C. (2012b): Die grüne Guerilla. In: der Freitag. <http://www.freitag.de/autoren/der-freitag/die-grune-guerilla>. Zugriff am: 01.06.2012.
- NEW YORK CITY DEPARTMENT OF PARKS & RECREATION (2012): GreenThumb – The largest community gardening program in the nation. <http://www.greenthumbnyc.org/about.html>. Zugriff am: 20.08.2012.
- OPEN STREET MAP (2012): Karte. <http://www.openstreetmap.de/karte.html>. Zugriff am: 23.08.2012.

- SCHÄFER, C., SKENE, C., HAFENRANDVEREIN (1995): Aufruhr auf Ebene p.
<http://www.parkfiction.org/2006/01/111.html>. Zugriff am: 17.09.2012.
- SCHRÖDER, J. (2011): Unser Areal – Anwohner wollen über die Zukunft der alten Rindermarkthalle mitbestimmen. In: Hamburger Abendblatt online.
<http://stadtteilreporter-st-pauli.abendblatt.de/Allgemein/unser-areal-%E2%80%93-anwohner-wollen-uber-die-zukunft-der-alten-rindermarkthalle-mitbestimmen>. Zugriff am: 30.08.2012.
- STATISTIKAMT NORD (2011): Hamburger Stadtteil-Profile 2011. http://www.statistik-nord.de/uploads/tx_standdocuments/NR11_Stadtteil-Profile_2011.pdf. Zugriff am: 08.10.2012.
- STEG (2012): Sanierungsgebiet St. Pauli Nord S3 Karolinenviertel. <http://www.steg-hamburg.de/stadterneuerung-stadtentwicklung/sanierungsgebiet-st-pauli-nord-s3-karolinenviertel.html>. Zugriff am: 16.10.2012.
- STÖVESAND, S. (2005): Aneignung städtischer Räume: Park Fiction – ein persönlicher Bericht. <http://stadtteilarbeit.de/themen/brachen-freiflaechen/49-park-fiction.html#6>. Zugriff am: 17.09.2012.
- UNSER AREAL – EINE WUNSCHPRODUKTION (2010): Anwohner_innen starten eigenen Planungsprozess zur Rindermarkthalle. http://wunschproduktion.rindermarkthalle.de/allgemein/anwohner_innen-starten-eigenen-planungsprozess-zur-rindermarkthalle. Zugriff am: 30.08.2012.
- UNSER AREAL – EINE WUNSCHPRODUKTION (2011a): Die Wünsche greifen Raum. http://unser-areal.rindermarkthalle.de/wp-content/uploads/2011/08/26_WuerfelNextDay1.jpg. Zugriff am: 31.08.2012.
- UNSER AREAL – EINE WUNSCHPRODUKTION (2011b): Dokumentation aller ausgefüllten Fragebögen. http://unser-areal.rindermarkthalle.de/wp-content/uploads/2010/11/unser-areal_umfrage_antwort-telefonbuch_2_8.pdf. Zugriff am: 31.08.2012.
- VON DER HAIDE, E. (2007): Gemüse und Solidarität - Urbane Landwirtschaft und Gemeinschaftsgärten in Buenos Aires. In: STIFTUNG INTERKULTUR (2007): Skripte zu Migration und Nachhaltigkeit, Nr. 5. München. S. 1-19. http://www.stiftung-interkultur.de/dmdocuments/Skript5_Buenos%20Aires.pdf. Zugriff am: 21.07.2012.
- VON DER HAIDE, E. (2010): Urbane partizipative Gartenaktivitäten in München 2009 – Neue Räume der Bewegung und Subsistenz, der Partizipation und des Naturerlebens für

alle. Im Auftrag der Münchener Stiftungsinitiative für urbanes Gärtnern.
http://www.anstiftung-ertomis.de/opencms/export/sites/default/download/studie_urb_lw.pdf. Zugriff am: 14.10.2012.

WEGWEISER BÜRGERGESELLSCHAFT (o. J): Bürgerbeteiligung als Teil der lokalen Demokratie 1(5). <http://www.buergergesellschaft.de/politische-teilhabe/modelle-und-methoden-der-buergerbeteiligung/warum-und-wozu-buergerbeteiligung/buergerbeteiligung-als-teil-der-lokalen-demokratie/103438>. Zugriff am: 02.10.2012.

13 Eigene Datenerhebung

Auftaktveranstaltung „Zwischennutzung Rindermarkthalle – stadtteilbezogene Nutzung“ 24.09.2012¹⁵, eigenes Protokoll mitgeschrieben.

Interview mit Harald Lemke am 30.09.2012. Initiator und Gärtner der Keimzelle.

Interview mit Torsten Hönisch am 08.10.2012. Mitarbeiter der Maßmann & Co. Handelsimmobilien GmbH.

Interview mit Dirk Sielmann am 04.10.2012. Vorsitzender der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte.

Karoviertelkonferenz 16.09.2012, Vorstellung der Initiativen UnserAreal, GrünAreal und Keimzelle, eigenes Protokoll mitgeschrieben.

Telefongespräch mit der Kulturbehörde am 27.09.2012.

¹⁵ Die Einladung zu der Veranstaltung befindet sich im Internet unter <http://www.hamburg.de/contentblob/3596208/data/rmh-einladung-auftakt.pdf> (Zugriff am: 22.09.2012)

ANHANG

14 Anhang

14.1 Fragebogen der Wunschproduktion

1. Welchen persönlichen Bezug hast Du zum Areal?

-- Besonders wichtig ist mir bei der Alten Rindermarkthalle ...

-- Bei dem Gelände bewegt mich besonders ...

-- Außerdem denke ich bei dem Areal an ...

2. Welche Auswirkungen hat das Areal und was dort geschieht auf die Stadtteile?

3. Stell Dir bitte einmal vor, Du schlenderst in fünf oder zehn Jahren über das Areal: Wie sieht es dort aus?

-- Welchen Menschen begegnest Du dann wohl auf einem solchen Spaziergang?

4. Was wünschst Du Dir für das Areal (Gebäude und Gelände) der Alten Rindermarkthalle?

-- Andererseits: Was würde Dich dort stören?

-- Was sollte es hier geben, was Du schon woanders gesehen hast?

5. Über das Areal hinaus gedacht: Was brauchen die Menschen im Stadtteil am dringendsten?

6. Wenn das Areal Dir gehören würde, was würdest Du damit anfangen?

-- Wenn es nach Dir ginge, wem sollte das Areal zugute kommen?

7. Was brauchst Du, um aktiv die Alte Rindermarkthalle mitzugestalten?

(Quelle: UNSER AREAL (2010): Fragebogen. http://www.rechtaufstadt.net/dokumente/Fragebogen_Areal-Wunschproduktion.pdf. Zugriff am 13.10.2012)

14.2 Zusätzliche Fotografien



Abb. 9: Hochbeete in der Keimzelle

Auf dieser Abbildung (Abb. 9) sind die Hochbeete zu sehen, die im Wesentlichen die Gestalt der Keimzelle bestimmen.



Abb. 10: Die Alte Rindermarkthalle, Stand: 09.09.2012

Die Fotografie (Abb. 10) zeigt die umzäunte und eingerüstete Alte Rindermarkthalle, sowie ein Schild, auf dem angedeutet wird, wie die Halle nach den Sanierungsarbeiten aussehen soll. Unter dem Bild steht: „In Abstimmung mit dem Bezirksamt Hamburg-Mitte wird die ehemalige Rindermarkthalle für den Stadtteil St. Pauli umfassend saniert und mit einem besonderen Nahversorgungskonzept wiederbelebt“.



Abb. 11: Blumen in Plastiksäcken

Typisch für den Dilettantismus urbaner Gärten, werden Pflanzen in Plastik- und Reissäcken gezogen werden (siehe Abb. 11). Damit soll verhindert werden, dass das Gemüse direkt in dem häufig stark verunreinigten Stadtboden wurzelt.